

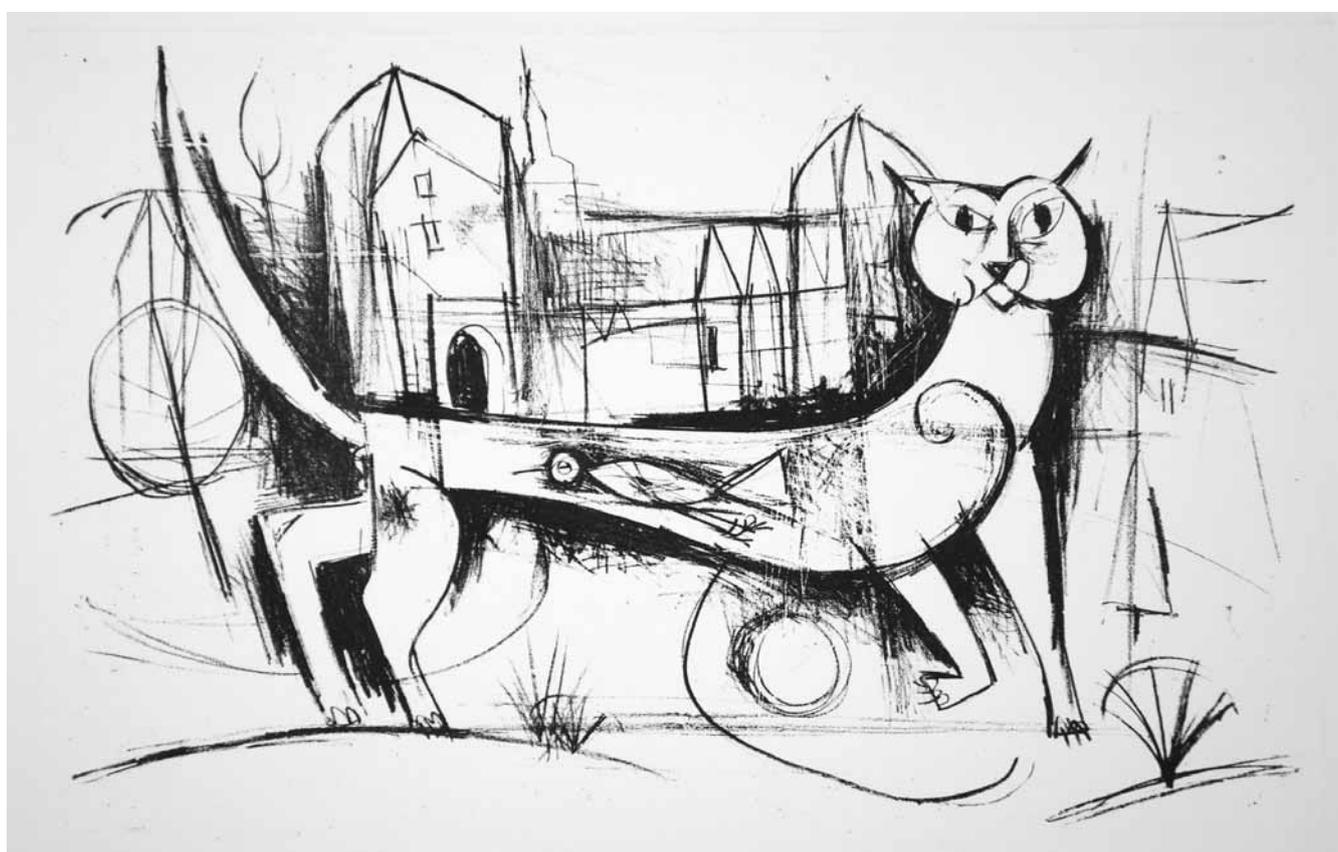
gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 67

Nov./Dez. 2013



100 Jahre Grasshoff

Kino 8 ½ - digitale Zukunft

Bodenbelastung Hospitalwiesen

Der Prozess gegen die Freie Deutsche Jugend

INHALT

Bodenbelastung im Kleingartenverein	
Mitglieder 10 Jahre nicht informiert	3
Interview zu Bodenbelastung	
Kräuter und Erdbeeren gehen gar nicht	4
Gespräch mit Stefan Eichardt vom Kino 8 1/2	
Umbruch nach 100 Jahren Filmkopie	7
Antifaschismus	
lechts und rings / Die Identitären	10
Kommentar	
Der scheinheilige Martin	11
Demoaufruf – 16. November in Berlin	
PKK-Verbot aufheben	12
Meldungen	13
Vegan – Guerilla #02	15
Laternengespräche	
Zur Wahl des Ölkännchens	16
1953 – Prozess gegen die Celler FDJ	
51 Monate für „Geheimbündelei“!	18
Zum 100. Geburtstag vom Fritz Grasshoff	
„Hört mal her, ihr Zeitgenossen“	23
Butzbacher Autoren-Interviews	
„Es röten sich die Dichter, wenn sich ...“	26
Termine in Kino, Kultur & Politik	30

Titelbild: »Schlosskater« (1955) von Fritz Grasshoff



HALLO

*Nimm uns mit, Kapitän, auf die Reise,
Nimm uns mit in die weite, weite Welt
Wohin geht, Kapitän, deine Reise?
Bis zum Südpol, da langt unser Geld!*

Dieser Gassenhauer entstand – höchst wahrscheinlich – in den Mauern unserer kleinen Stadt, zumindest wanderten die Tantiemen seit seiner Entstehung im Jahr 1950 in die Celler Bahnhofstraße, an einen Ort „zwischen einer Meinungsmanufaktur und einer Geldschwemme“. So lokalisierte jedenfalls der Textdichter Fritz Grasshoff das Hinterhaus zwischen Cellescher Zeitung und der ehemaligen Landeszentralbank, in dem er von 1945 bis 1967 lebte.

Fritz Grasshoff wäre am 9. Dezember 100 Jahre alt geworden. Für uns ein Anlass zu einer für unsere Verhältnisse umfangreichen Beschäftigung.

Auch wenn die Seefahrt einiges an Romantik eingeübt hat – die Fremde ist nicht nur attraktiv für jene, die das Risiko eines Todes vor Lampedusa eingehen. Selbstverständlich träumt man sich auch hier nach wie vor gern weg, weil man sich nicht wohlfühlt in der eigenen Haut. Und die Ruhelosigkeit, die klassischerweise den Seemann auszeichnet, hat heute große Teile der Gesellschaft ergriffen. Auf der anderen Seite zeigt die lächerliche Inszenierung von der Familie als »Heimathafen«, wie sie jedes Casting-Sternchen wie ein Schatz vor sich hertragen muss, Sehnsüchte an, die schon Grasshoffs Schlager thematisiert: nach Vertrauen, Geborgenheit und Zukunft in einer als feindselig erfahrenen Welt.

Wir melden uns wieder im Februar
bis denne – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro,
Linke/BSG-»Laden«, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

Mitglieder 10 Jahre nicht informiert

Gärtnern in der Stadt ist im Trend. Nicht nur als "Urban Gardening". Auch die alten Schrebergartenkolonien erhalten wieder Zulauf. Die Beschäftigung mit den Auswüchsen der industriellen Landwirtschaft genauso wie der Wunsch, regional und bio zu essen, sind die Basis. Und wer sich die Zeit nehmen kann, kommt so schnell auf den Gedanken, selbst Gemüse anzubauen. Dass und wie einen dabei aber die Sünden der Industriegesellschaft einholen können, zeigt sich jetzt auch in Celle. Die Kleingartenkolonie Hospitalwiesen, die gerade ihr 80. Jubiläum feiern konnte, ist belastet mit Schwermetallen und Benzo(a)pyren. Als skandalös hat sich dabei der Umgang des Vorstands des Kleingartenvereins erwiesen. Er unterließ es, seine Mitglieder über das seit langem bestehende Problem zu informieren.

„Die Parameter Blei und Benzo(a)pyren der Bodenprobe aus dem Tiefenbereich 30-60cm erreichen bzw. überschreiten mit 0,15 mg/kg TS bzw. 1,01 mg/kg TS [= Trockensubstanz] die Prüfwerte von 0,1 mg/kg bzw. 1,0 mg/kg TS geringfügig. Das Erreichen bzw. Überschreiten der Prüfwerte löst einen Handlungsbedarf hinsichtlich einer fachlichen Prüfung der vorliegenden Verhältnisse (hier Kleingartennutzung auf Altablagerung) aus.“

So lautet ein Teil des Analyseergebnisses der Fugro Consult Burgdorf für eine Bodenprobe aus der Kleingartenkolonie Hospitalwiesen in der Blumlage.

Über den Boden kommen die Schadstoffe in die Pflanzen und bei Verzehr dann in den Menschen. Und da können sie Verheerendes anrichten: Blei wirkt beim Menschen toxisch auf das Nervensystem, das blutbildende System, die Nieren und auch das Herzkreislaufsystem. Die Folgen können sein: Verminderung von Lern- und Gedächtnisleistungen, Blutarmut und Nierenfunktionsstörungen. Ergebnisse aus Tierversuchen liefern zudem Hinweise auf eine krebserzeugende Wirkung von Blei. - Benzo[a]pyren ist ein polycyclischer aromatischer Kohlenwasserstoff (PAK) und eine der am längsten bekannten krebserregenden Substanzen.

Vom Traum des ökologischen und gesunden Gärtnerns kann man sich in der Kleingartenanlage Hospitalwiesen verabschieden. Herausgekommen ist dies jetzt, weil zwei neue Pächterinnen nach dem Hochwasser vom Frühjahr eine Bodenprobe auf ihrer Parzelle nahmen und das Ergebnis großen Anlass zur Sorge bot: Bei Blei und Cadmium waren die Grenzwerte der Klärschlammverordnung überschritten. Daraufhin entnahm der zuständige Abfallzweckverband eine offizielle Probe mit dem oben zu lesenden Ergebnis (siehe Interview im Folgenden).

Nun durfte sich niemand hinsichtlich der Hospitalwiesen einer Illusion hingeben. Bis zum Bau des Aller-

damms in den 1930er Jahren war die Fläche bei Allerhochwasser wahrscheinlich regelmäßig überflutet. 3000 Jahre Metallgewinnung im Nordharz haben ihre Spuren hinterlassen: Die Flusslandschaften sind über Oker, Aller und Weser bis hin nach Bremen mit Schwermetallen belastet. Das Niederschlagswasser, das durch die Abfallhalden der Hütten strömte, spült Blei, Zink und Cadmium in die Oker - und von dort flussabwärts. Und durch die regelmäßigen Überschwemmungen sind dann auch die Böden der Flussauen belastet. Doch wahrscheinlich ist dies für die Hospitalwiesen nicht die wesentliche Größe. Die Industrialisierung hatte nämlich auch in anderer Hinsicht ihre Schattenseiten. Die Benzo(a)pyrene entstehen unter anderem bei der unvollständigen Verbrennung von organischen Stoffen (z.B. bei Auto- und Industrieabgasen).



Hinzu kommt, dass gerade Kleingartenanlagen oft auf Altlastflächen entstanden sind, wo zum Teil über Jahrzehnte ungeordnet Abfälle von Haus- und Gewerbetümmlern und dergleichen landete. So auch beim Kleingartenverein Hospitalwiesen: Bauschutt gilt hier als die Quelle der Kontamination mit Schwermetallen.

Der Gesetzgeber hat sich erst vor 15 Jahren grundsätzlich mit diesen Problemen befasst. Das im März

1998 verabschiedete Bundes-Bodenschutzgesetz (BBod-SchuG) verfolgt den Zweck, die Funktionen des Bodens nachhaltig zu sichern oder wieder herzustellen. Schädliche Bodenbelastungen sollen abgewehrt und bestehende Belastungen saniert werden. In einer Durchführungsverordnung wurden so genannte Vorsorge-, Prüf- und Maßnahmewerte festgeschrieben. Dabei unterscheidet man zwischen unterschiedlichen Wirkungspfaden je nach Nutzung des Bodens. Es geht um die menschliche Gesundheit, die Qualität von Nahrungs- und Futterpflanzen sowie das Bodensickerwasser auf dem Weg zum Grundwasser.

Dabei gibt es unterschiedliche Analyseverfahren: das Bestimmungsverfahren nach »Königswasser« (KW), wo die Bodenschadstoffe durch ein Salpeter-/Salzsäuregemisch gelöst werden, und der so genannten »Ammoniumnitrat-Extrakt« (AN) sind die gängigsten. Bei direktem Wirkungspfad Boden – Mensch, was z.B. die Gefahr betrifft, dass Kinder den Sand von Spielplätzen "essen", wird nach KW beprobt. Beim Wirkungspfad Boden – Pflanze mit dem AN-Verfahren. Dabei ergeben sich sehr unterschiedliche Werte, wonach dann die unterschiedlichen Grenzwerte festgelegt werden. So liegt der Prüfwert für Blei bei Kinderspielplätzen bei 200 mg/kg TS Im KW-Verfahren, beim Wirkungspfad Boden-Pflanze dagegen bei 0,1 mg/kg TS im AN-Verfahren.

Das führt leider häufig zu Verwirrung, denn die Anbieter für Bodenproben, die im Internet aufzuspüren sind, beproben noch wieder in einem anderen Standard, in der Regel über einen Salpetersäure-Auszug. Die privat in der Kleingartenkolonie Hospitalwiesen genommene Probe wies nach einem solchen Verfahren 101 mg/kg TS bei Blei und 2,57 mg/kg TS bei Cadmium auf. Die im AN-Verfahren ausgewertete, „offizielle“ Probe kam bei Blei auf 0,15 mg/kg TS. Diese gravierenden Unterschiede ergeben sich aus der abweichenden Methodik. Nun ist der Gesetzgeber davon ausgegangen, dass beim AN-Verfahren nur der Anteil des jeweiligen Schadstoffes

erfasst werden muss, der für die Pflanzen verfügbar ist – und hat als Grenzwerte bei diesem Verfahren 0.1 mg/kg bei Blei und 0,04 mg/kg TS bei Cadmium festgelegt.

In einer Broschüre des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde mit dem Titel »Gärtnern - trotz Bodenbelastung« vom August 2007 sind dennoch für alle Pflanzenarten „Bedenklichkeitsstufen“ nach dem KW-Aufschlussverfahren angegeben. Und danach dürfte außer Kartoffeln und Fruchtgemüse wie Bohnen, Gurken, Tomaten und Zucchini nichts mehr angebaut werden.

So ist es durchaus nachvollziehbar, dass die Stadt nach der ersten Beprobung im Jahr 2000, die Kleingärtner darauf hinwies, dass „Gemüseanbau [...] nicht mehr betrieben werden“ sollte, wie es in der CZ vom 14.10.2013 zu lesen war. Und hier wird es jetzt - überspitzt gesagt - kriminell. Denn weder der damalige KGV-Vorstand, noch seine Nachfolger wiesen die Pächter*innen auf diesen Umstand hin. Seit über zehn Jahren bauen sie also Gemüse an, das beim Verzehr gesundheitlich negative Folgen haben kann.

Der Gipfel des Skandals besteht darin, dass in den letzten Jahren ein Projekt des Jobcenters, durchgeführt vom der Konfides GmbH, dafür sorgt, dass Gemüse aus der Kleingartenanlage über die »Celler Tafel« verteilt wurde. Dies wurde sofort eingestellt, nachdem die Problematik öffentlich wurde. Aber vor diesem Hintergrund stellt sich letztlich auch die Frage, ob sich der Vorstand des Kleingartenvereins strafbar gemacht hat.

Die Fraktion Die Linke/BSG hat beantragt, dass der ganze Vorgang in der nächsten Sitzung des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen, Umwelt und Klimaschutz am 7. November dargestellt wird.

Die ganz informative Broschüre des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde steht im Internet zum download unter:

http://www.kleingarten-bund.de/downloads/bdg_bodenbelastung.pdf

Interview zur Bodenbelastung im KGV Hospitalwiesen

Kräuter und Erdbeeren gehen gar nicht

Der belastete Garten in den Hospitalwiesen wurde im Frühjahr 2013 von zwei Mitgliedern der ehemaligen Transition-Town-Gruppe Celle angepachtet. Gemeinsam mit sieben Personen bearbeiteten sie die rund 500 qm große Fläche, bis die Beprobung auf Schwermetalle und die Folgen das Projekt beendete. Wir sprachen mit Conny (C) und Tina (T).

?: *Erzählt mal, wie und warum ihr euer Projekt in den Hospitalwiesen angegangen seid.*

C: Wir haben zwar kleine Hausgärten, wollten aber mehr Gemüse anbauen. In der Kleingartenkolonie Hos-

pitalwiesen haben wir schnell eine geeignete Fläche gefunden. Dann haben wir einige Leute angesprochen, die wir z.B. aus dem Tauschring kennen, und hatten ziemlich schnell eine Gruppe von neun Leuten zusammen – drei Männer und sechs Frauen.

T: Wir haben im Losverfahren Flächen untereinander aufgeteilt und mit viel Enthusiasmus angefangen. Das hat auch alles wunderbar geklappt und uns viel Freude gemacht.

?: *Wieso habt ihr eine Bodenprobe genommen?*

T: Im Mai gab es ja das Hochwasser und unser Garten

stand völlig unter Wasser. Das war zwar kein Allerhochwasser, aber es drückte von unten hoch und nichts, was zusätzlich von oben herunterkam, verschwand im Boden. Und auf dem, was sich da als See gebildet hat, schwammen Enten. [siehe Foto]

C: Uns war bekannt, dass die Aller Schwermetalle führt. Und so war ich dann ein bisschen besorgt, ob und wie sich diese Situation auf die Bodenbelastung auswirkt.

?: *Ihr habt dann eine Bodenprobe in Auftrag gegeben.*

C: Genau. Bei einem Internet-Anbieter haben wir eine Analyse machen lassen und das Ergebnis war hinsichtlich Blei und Cadmium katastrophal. Bei Blei – so war es dann im Analyseergebnis zu lesen – überschritt der Wert mit 101 mg/kg den Grenzwert der Klärschlammverordnung knapp und beim Cadmium mit 2,57 mg/kg erheblich. Da ist der Grenzwert 1,5 mg/kg. Benzo(a)pyren haben wir nicht prüfen lassen.

T: Und das Institut teilte auch mit, was das bedeutet. Ich zitiere mal: „*Blei – bzw. dann auch Cadmium – ist ein toxisches Schwermetall. Es blockiert die Enzyme in den Pflanzen (auch bei Mensch und Tier) und führt so durch Stoffwechselstörungen zu Schädwirkungen.*“

?: *Was habt ihr dann gemacht?*

T: Wir haben bei der Stadt die für den Bodenschutz zuständige Abteilung informiert wie auch die Vorsitzende des KGV Hospitalwiese, Ursula Kißling.

C: Wir sind nicht gleich an die Öffentlichkeit gegangen, weil das auf Grundlage des einen Prüfergebnisses nur hysterisch gewirkt hätte.

?: *Was ist weiter passiert?*

C: Der Fachbereich Bodenschutz der Stadt hat daraufhin den zuständigen Abfallzweckverband eingeschaltet, und der hat dann eine weitere Probe in unserem Garten genommen.

?: *Wieso der Abfallzweckverband?*

C: Das ist mir bis heute nicht ganz klar. Die Stadt hat die gesamte Fläche an den Kleingartenverein abgegeben. Der muss, so sagte man mir, auch keine Pacht an die Stadt zahlen, weil es Altlastenprobleme auf der Fläche gäbe. Und weil auf den Flächen eben auch Altablagerungen vorhanden sind, gibt es diese Zuständigkeit des Abfallzweckverbands. So in etwa jedenfalls.

?: *Was ist bei der offiziellen Probe herausgekommen?*

T: Diese Probe wurde in dem so genannten Ammonium-Nitrat-Verfahren gemacht. Und angesichts der Werte teilte das Institut dann mit, ich zitiere: „*Das Erreichen bzw. Überschreiten der Prüfwerte löst einen Handlungsbedarf hinsichtlich einer fachlichen Prüfung der vorliegenden Verhältnisse (hier Kleingartennutzung auf Altablagerung) aus.*“

C: Ich muss hier mal sagen, dass es etliche Telefonate nötig gemacht hat, bis ich diese Ergebnisse bekommen



habe. Immerhin lernt man so, dass es eine Umweltinformationsrichtlinie gibt und die Behörden verpflichtet sind, Umweltinformationen herauszugeben.

?: *Was ergeben sich daraus jetzt für Konsequenzen?*

T: Wir beide haben unsere Konsequenzen gezogen und den Garten aufgegeben. Vier andere aus unserer Gruppe wollten weitermachen, was die Vorsitzende aber abgelehnt hat, nachdem der ganze Skandal öffentlich geworden ist.

C: Dazu will ich noch erzählen, dass Frau Kißling mir nach der Probe, die wir genommen hatten, satzungswidriges Verhalten vorwarf. Ich hätte kein Recht gehabt, eine solche Probe zu nehmen.

T: Ansonsten ist zu den Konsequenzen zu sagen, dass es rechtlich einen klaren Handlungsbedarf gibt. Und das ja nicht zum ersten Mal. Bereits 2000 gab es bei einer Beprobung erhöhte Benzo(a)pyrenwerte und da hatte der Kleingartenvorstand Anbauempfehlungen erhalten. Das ist das mindeste, was jetzt wieder passieren muss. Aus meiner Sicht ist es aber erforderlich, die gesamte Fläche zu untersuchen. Wenn sich herausstellen sollte, dass Gemüseanbau praktisch ausgeschlossen ist, sollte die Stadt schnellstens eine neue, halbwegs zentrale Fläche als

Ersatzfläche für Kleingärtnerei zur Verfügung stellen.

?: *Der eigentliche Skandal ist ja, dass nämlich Pächter wie ihr nicht über die alten Anbauempfehlungen informiert wurden.*

T: Wir hätten den Garten ja nie gepachtet, wenn man uns die Anbauempfehlungen gegeben hätte.

?: *Mal nachgefragt – worum handelt es sich bei den Anbauempfehlungen?*

C: Einfach gesagt, geht es darum, dass Kräuter, Gemüse, Beeren und Obst in unterschiedlicher Weise Schwermetalle aufnehmen. Also Kräuter gehen gar nicht, Salate gehen gar nicht, Möhren, Schwarzwurzeln, Porree und Sellerie ebenso nicht. Dagegen werden Buschbohnen, Gurken, Tomaten, Paprika, Kartoffeln eher gering belastet. Von Erdbeeren z.B. lässt sich das Blei nicht abwaschen. Kern – und Steinobst dagegen ist fast unproblematisch. In der Konsequenz heißt das dann, entweder nur noch ganz eingeschränkt anzubauen oder aber Hochbeete mit unbelasteter Erde einzurichten.

?: *Anfang Oktober ist das Thema dann ja von der Celleren Zeitung aufgegriffen worden. Wie kam es dazu?*

C: Der Auslöser war ein Leserinnenbrief von mir. Die CZ hatte einen kleinen Bericht über den KGV Hospitalwiesen gebracht, wo sich die Vorsitzende total positiv äußerte und anmerkte, dass man von neuen Pächtern eine Selbstauskunft verlangt. Da ist mir dann – wie man so sagt – die Hutschnur geplatzt. Sie verlangt eine „Selbstauskunft“, aber informiert neue Pächter nicht über die Schmermetall-Problematik. Den Leserbrief hat die CZ dann nicht gedruckt, aber Gunther Meinrenken hat sich bei mir gemeldet und sich die Basisinformation für die weitere Recherche geholt. Ich selbst hatte bereits seit längerem Probleme damit, mein Wissen zurückzuhalten, insbesondere auch wegen der Celler Tafel. Der Abfallzweckverband hatte mich zwar telefonisch informiert, aber bis zu diesem Zeitpunkt hatte ich die offiziellen Ergebnisse noch nicht schriftlich.

?: *Ein Aspekt bei der Berichterstattung war genau die Belieferung der Celler Tafel durch den Jobcenter-Maßnahmenträger Konfides. Was wisst ihr darüber?*

T: Konfides bearbeitet in einer Maßnahme mit Erwerbslosen etliche Kleingärten und beliefert mit dem Gemüse die Celler Tafel. Für uns war das zunächst gut, weil wir einen der Konfides-Gärten übernommen haben. Der war dann eben nicht so verkrautet wie viele andere, die seit längerem nicht genutzt werden. Aber wie sich ja herausgestellt hat, war auch Konfides nicht über die alten Anbauempfehlungen informiert.

?: *Öffentliche Reaktionen aus der Kommunalpolitik sind bis jetzt, wo wir das Interview führen, kaum vorhanden. Was sagt ihr dazu?*

T: Das ist wahrscheinlich ein heikles Thema. Wir haben zunächst Die Linke/BSG informiert. Behiye Uca hat das Thema sofort im Verwaltungsausschuss auf die Tages-

ordnung gebracht, so dass die Chefetage im Rathaus gleich Bescheid wusste. Aber dem von der Linken/BSG geäußerte Wunsch, das Thema gleich in der ersten Umweltausschusssitzung nach der Sommerpause zu behandeln, ist nicht nachgekommen worden. Jetzt haben sie das offiziell beantragt.

C: Als ich mitbekam, dass Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel im Wahlkampf im Vereinsheim des Kleingartenvereins eine Veranstaltung macht, habe ich ihn angeschrieben und zum damaligen Stand informiert. Gesagt hat er dort nichts. Ich habe jetzt nach gut fünf Wochen eine Antwortmail aus dem Bodenschutzreferat des Ministeriums bekommen. Der Referent zeigte sich dann auch gut informiert und immerhin – ich lese mal vor: „Ich habe den Zweckverband Abfallwirtschaft, als die in diesem Fall zuständige Aufsichtsbehörde, insbesondere gebeten, die im Jahr 2002 an den Vereinsvorstand der Hospitalwiesen übersandten Aussagen noch einmal bezüglich der Anbau- und Verzehrempfehlungen zu überprüfen und zu aktualisieren.“

?: *Wie würdet ihr eigentlich jetzt Gärtner*innen raten, die ihren Boden prüfen lassen wollen?*

C: Wie vielleicht deutlich geworden ist, kommt es auf das Verfahren an, wenn man die Ergebnisse mit den gesetzlichen Grenzwerten vergleichen will. Die Internet-Anbieter, auf die man beim Googlen zuerst stößt, sind bei ihren Standard-Angeboten genau deshalb untauglich. Wenn man einen brauchbaren Wert für den Wirkpfad Boden – Pflanze haben will, muss dies im Ammonium-Nitrat-Verfahren passieren. Und neben diesem Verfahren sollte noch mit einem Massenspektrometer gemessen werden, da man dann einen genauen Wert erhält und nicht nur mitgeteilt bekommt, ob die Probe über oder unter dem Grenzwert liegt. Das hilft ja wenig, wenn ein Wert z.B. nur geringfügig unterschritten ist und man sich aber in Sicherheit wiegt. Für meinen Privatgarten habe ich das jetzt bei der Lufa Nordwest in Hameln machen lassen, die genau das auch anbieten.



Umbruch nach 100 Jahren Filmkopie

revista: Wir haben euer Filmfestival „Migration im Film“ besucht. Bei den Filmen „Can't be silent“ und „Die Piroge“ – zwei Streifen, die gerade erst in den Kinos angelaufen sind, vermissten wir das vertraute Geräusch des 35mm-Projektors, denn die Filme liefen nicht auf eurer großen Maschine, sondern beinahe lautlos über euren neuen Beamer. Hat der Projektor ausgedient?

Stefan: Wenn ich ausholen darf ...

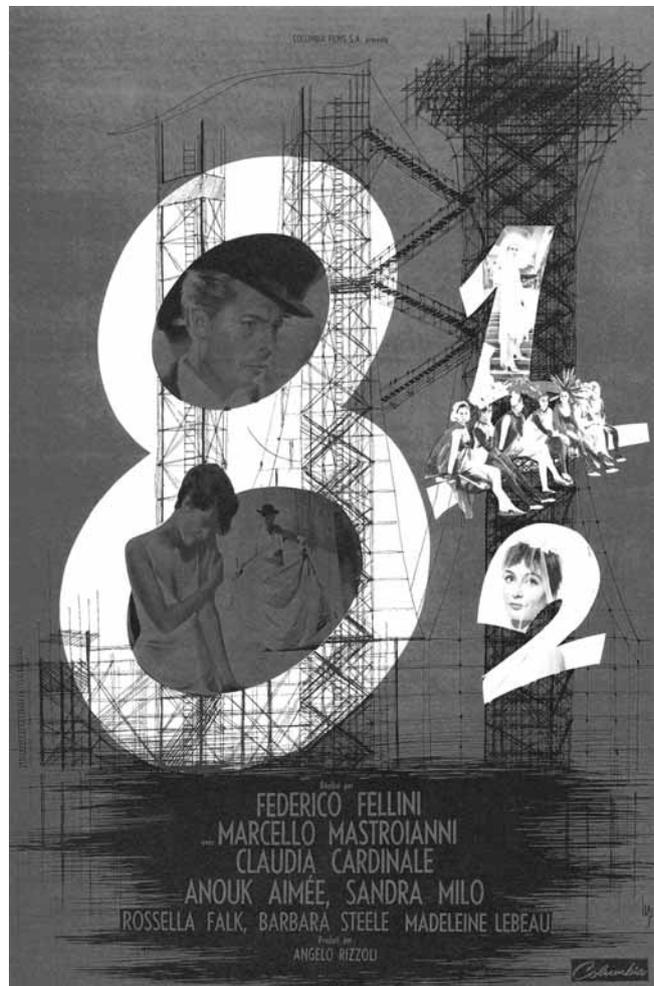
?: Das haben wir befürchtet ...

!:: Die Kinoprojektionstechnik blieb über 100 Jahre unverändert. Die erste öffentliche Filmvorführung fand 1895 in Berlin etwa zwei Monate vor der legendären Filmvorführung der Brüder Lumiere in Paris statt. Die damaligen Filmpioniere waren übrigens die Brüder Skladanowsky. Bevor wir vor 19 Jahren im Zuge der Namensgebung auf »achteinhalb« kamen, war »Skladanowsky« neben »Filmkolchose Südheide« favorisiert. Die Aussicht, dass kaum jemand diesen Namen richtig aussprechen, geschweige den schreiben werden würde, hielt uns dann von »Skladanowsky« ab. Das, was sich im Laufe von über 100 Jahren änderte, war das Filmmaterial vom entflammaren Zelluloid – das heutzutage noch für Tischtennisbälle verwendet wird – auf das brandschutzsichere Polyestermaterial, die verschiedenen Filmformate und vor allem die Tontechnik. Die Projektionstechnik und damit die Projektoren blieb aber über 100 Jahre im Prinzip unverändert.

Unser 35mm-Projektor ist übrigens eine tschechische Meopta aus der ehemaligen DDR. Die gängigen Projektoren in bundesdeutschen Kinos waren für uns unerschwinglich, insofern gehören wir auch zu den Profiteuren des Mauerfalls. Angefangen hatten wir mit einer mobilen TK-35 aus NVA-Beständen.

Das Aus für die 35mm-Projektion gilt seit Ende der 1990er-Jahre als beschlossene Sache. Es ist ähnlich wie bei den fossilen Brennstoffen. Dass es zu Ende geht, wusste jeder, der vom Fach ist, nur über die Zeitspanne herrschte Ungewissheit und es gab unterschiedlichste Prognosen. Für eine Digitalisierung des Filmabspiels gibt es seit langem plausible Gründe und Interessen, die im wesentlichen mit Kostenersparnissen auf Seiten der Filmproduktion verbunden sind: 1) In den 1990er-Jahren lief bis auf das analoge Abspiel im Kino die gesamte Filmproduktion bereits digital. Nach Ende der Dreharbeiten bzw. des Schnitts musste das digitale Filmmaterial auf das analoge 35mm-Medium konvertiert und kopiert werden. Diesen Schritt wollte man einsparen. 2) Es gab ein ausgeprägtes wirtschaftliches Interesse der Filmverleiher zu digitalisieren. Die Herstellung der Filmkopien ist digital wesentlich preiswerter als analog: Wenn ein Verleih mit durchschnittlich 120 ana-

logen 35mm-Kopien (Blockbuster gehen in Deutschland mit ca. 900 Kopien an den Start, in den USA sicherlich entsprechend mehr) an den Kinostart ging, kostete ihm das ca. 1000 Euro pro Kopie. Davor musste er noch für ca. 10.000 Euro eine Masterkopie erstellen. Digitale Kopien hingegen befinden sich auf gängigen Wechselfestplatten, die immer wieder verwendet werden können – was übrigens auf Dauer auch CO2-sparender ist. 35mm-Filmkopien wurden wenige Wochen nach Kinostart geschreddert und chemisch behandelt. Die Lager-, Transport- und Entsorgungskosten sind deshalb für die Verleiher wesentlich preiswerter als bei den schwergewichtigen und großräumigen 35mm-Kopien.



Aus Produktion und Vertrieb gab es so, ein großes Interesse und Druck auf die Kinos zu digitalisieren, um die Kosten für die 35mm-Infrastruktur einzusparen. Die Ausgaben für die notwendigen Investitionen hierfür wurden den Kinos aufgebürdet. Kinos stehen aber seit DVD, Internet und TV eh verstärkt unter Druck und haben eine geschwächte Marktposition gegenüber den anderen Playern, da sich hinter ihnen immer größere, rentablere und kürzere Verwertungsfenster für die Film-

produzenten auftraten in Form von DVD, Internet und TV. Ein Gewinner der Digitalisierung sind übrigens kleine, unabhängige Filmemacher*innen, die so ihre Low-Budget-Filme selbst kinofertig herstellen und Kinos wie dem achteinhalb anbieten können, ohne einen fünfstelligen Betrag aufbringen zu müssen.

Seit Ende der neunziger Jahre gibt es eine mächtige Initiative der Majors, das sind die großen marktführenden US-Filmstudios Warner, Fox, Disney, Sony, Paramount und Universal, von deren Mainstream-Produktionen und Blockbustern die kommerziellen Kinos abhängig sind, das digitale Abspiel ihrer Filme in Kinos nur auf Grundlage des von ihnen spezifizierten DCI-Standards (DCI = Digital Cinema Initiatives) zuzulassen, nach außen hin verbunden mit der »visionären Losung«, einen Standard zu schaffen, der wieder 100 Jahre währt.

?: *Wir hatten aber bisher nicht den Eindruck, dass Hollywood-Produktionen im Programm des achteinhalb eine Rolle spielen. Inwiefern betrifft euch die Politik der Majors?*

!!: Das stimmt, wenn wir US-amerikanische Filme zeigen, dann in der Regel Independent-Produktionen. Viele kleine deutsche Filmverleihe haben aber den Vertrieb ihrer Filme outgesourct an größere Verleihe oder Verleihagenturen. Die Disposition von Warner in Deutschland vertreibt daher seit langem die Filme des hochwertigen deutschen Verleihs X, und Fox die Filme des deutschen Verleihs Prokino. Somit gelten für die deutschen Verleiher Prokino und X die Regeln der US-Majors. Tatsächlich ist es so, dass Filme von X und Prokino bei uns sehr gute Resonanz fanden und oft ein Highlight in unserem Programm bildeten. Mit Constantin hat sich ein großer deutscher Verleih der Vertriebspolitik der Majors angeschlossen. Aber bei Constantin („Hier spricht Edgar Wallace“), traditionell einer der Hauslieferanten des Kammerkinos, haben wir andererseits in 19 Jahren nur einmal einen Film geliehen.

Die Majors befürchteten einen Wildwuchs im digitalen Abspielbereich (ausufernder als im VHS-Bereich mit PAL, SECAM und NTSC). Ein Nebeneinander unterschiedlicher Standards hätte u.a. zur Folge gehabt, dass man seine Filme unverschlüsselt hätte ausliefern müssen, um all die unterschiedlichen Abspielgeräte bedienen zu können. Parallel gab es zu der Zeit Ende der 1990er Jahre das warnende Beispiel im Audiobereich, wo auf Grund von Raubkopien und Filesharing die Umsatzzahlen der CD-Verkäufe rückläufig waren. Um Raubkopien entgegenzuwirken, wollten die Majors einen Standard begründen und durchsetzen, in dem eine Verschlüsselungstechnologie implementiert war. Angesichts der aktuellen Raubkopienlage mag man zwar an der Wirksamkeit dieser Verschlüsselung zweifeln, nichts desto trotz kann ich verstehen – Amerikaner hin, Amerikaner her, wenn jemand sagt, dass er mittels Kopierschutz Kontrolle über seine Produkte ausüben möchte, auch wenn der Aufwand, den die Majors an dieser Stelle erzeugt haben, auf mich schon „paranoid“ wirkt.

Der entscheidende Punkt für das Kino achteinhalb und

andere kleine Kinos in dieser Gemengelage ist, dass die Majors hier ganz einseitig ihre Interessen definiert haben, diese standardisiert und am Markt durchgesetzt haben, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, wie sich das preislich für die einzelnen Kinos gestaltet. Die Auflagen für eine DCI-zertifizierte Projektionstechnik orientieren sich ausschließlich an großen Kinos und das Bespielen großer Säle. Die Auflagen sind zudem technisch anspruchsvoll, deswegen sind auch nur wenige Hersteller in den Markt eingestiegen. Der Konkurrenzkampf war daher entsprechend gering, die Margen extrem hoch. Die Preise für die neue Technik fielen dann derart hoch aus, dass von Anfang klar war, dass das de facto mit einer „Marktberreinigung“ einhergehen wird. Ende 2012 gab es bundesweit 1652 im Vergleich zu 1714 Kinos im Jahr 2010. Bei den Leinwänden reduzierte sich das von 4699 auf 4617 und statt 954 Orten werden nur noch 909 bespielt. Der Vertrieb von 35mm-Kopien ist jetzt Mitte 2013 so gut wie vollständig eingebrochen. Was das für kleine Kinos und deren Programmgestaltung bedeutet, kann man z. B. auf der Internetseite des »Anderen Kinos« in Lehrte (www.das-andere-kino.de) nachvollziehen. Wie viele dieser Kinos es 2014 nicht mehr geben wird, wird man ja bald wissen.

Entsprechend hoch gestalteten sich die Preise für die neue Technik. Die Digitalisierung der Kinos setzte in den USA nennenswert ab 2007 ein – in Deutschland ab 2010. Anfangs kostete eine DCI-lizenzierte Technik ca. 80.000 Euro netto pro Leinwand, 3-D kostete zusätzlich 30.000. Kein Kino hätte von sich aus freiwillig digitalisiert, aber die Alternative, keine Kopien der Majors mehr spielen zu können, ließ den Kinos keine Wahl.

Jetzt, wo der Markt weitestgehend gesättigt ist, sind die Preise auf 40.000 netto gefallen, die 3-D-Option auf 10.000. Die Preise in Deutschland liegen aber immer noch ca. 20 % über den Preisen in den USA, was daran liegt, dass in Deutschland im Unterschied zur USA die Kinos – abhängig vom Bundesland – zu 50 % bis 90 % subventioniert worden sind. Was übrigens Kinos schon mal unerwähnt lassen, wenn sie die Erhöhung ihres Eintritts mit diesen Kosten begründen. Aber nicht nur, dass die Hersteller auf dem deutschen Markt einen Teil des Subventionsbetrages von vornherein in ihren Preis als Aufschlag mit einkalkuliert haben, die Subventionen gingen auch nur an sogenannte „Kriterienkinos“. Kleine Kinos wie das achteinhalb und größer – d.h. Kinos mit weniger als 8.000 Zuschauer pro Leinwand im Jahr – wurden als „Drop-Out-Kinos“ bezeichnet und kategorisiert und unabhängig von ihrer konkreten Programmarbeit als nicht förderungswürdig eingestuft. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien ging im Mai 2010 in seiner Vorlage an den Bundestag davon aus, dass ca. 3.700 Leinwände mit Hilfe von Zuschüssen digitalisiert werden würden und dementsprechend ca. 900 Leinwände als sogenannte Drop-Outs hinten rüber fielen. Wenn man das Kino achteinhalb aus Sicht eines Verleihers oder gar eines Majors sieht, kann man das wie folgt betrachten: Die Erstverwertung erfolgt im Kino,

das mittlerweile auch die Funktion hat, Filme bekannt zu machen, damit sie erfolgreich als DVD vermarktet werden können. Innerhalb des Erstverwertungsfenster des Kinofilms von 4-6 Monaten spielt das achteinhalb den Film nach ca. acht Wochen, also nachdem der Film ausgewertet worden ist. Ein kommerzielles Kino führt etwa 43 % des Eintrittspreises an den Verleih ab. Das ist das Geschäft des Verleihs. Ein Film wie »Kokowääh 2« von Til Schweiger mit 2,7 Millionen Besucher*innen spült Warner mehrere Millionen in die Kasse. Kino achteinhalb zeigt in der Regel Filme mit weniger als 100.000 Zuschauern und zahlt dem Verleih dafür in der Regel lediglich eine Mindestgarantie von 150 Euro.

?: *Das heißt, dass eure Meo definitiv ausgedient hat. Wie sieht euer Plan für die Zukunft aus?*

!: Wir hatten einen guten Plan, den wir im August umsetzen wollten, aber nicht konnten. Die meisten deutschen Verleiher verschlüsseln ihre Festplatten nicht, sparen somit Lizenzgebühren und vertrauen darauf, dass die Kinos sich korrekt verhalten und keine Raubkopien in Umlauf bringen. Gewerbliche Kinos, die auf Mainstreamfilme angewiesen sind, haben keine Wahl und müssen die teure, DCI zertifizierte Technik kaufen. Wir können aber relativ gut mit einem Programm leben, dass auf die Filme der Verleiher verzichtet, die darauf bestehen, dass man ein Produkt einsetzt, das mit ihrer Verschlüsselung klarkommt. Würde es die Verschlüsselung nicht geben, hätte sich ja ein Markt entwickeln können, der auch Low-Budget-Lösungen für kleine Kinos anbietet. Da man zum Abspiel digitaler Filme im Prinzip nur einen PC, Software und einen Beamer benötigt, ließe sich digitales Kino auch locker für 10.000 Euro realisieren. Ein 90-minütiger digitaler Kinofilm hat eine Größe von ca. 150 GB und ist das Hochwertigste, was es an Film gibt. Dennoch könnte man den Film – insofern er nicht verschlüsselt ist – notfalls auf einem PC mit dem VLC-Mediaplayer abspielen wie den gleichen Film im MP4-Format, der dann eine Größe von ca. 400 MB hätte. Eine deutsche Firma hat nun einen eigenen Server entwickelt, der ca. 20.000 Euro kostet und in der Lage ist, unverschlüsselte DCI-Filme abzuspielen. Die Sparkassenstiftung hat uns angeboten, uns beim Kauf mit 15.000 Euro zu unterstützen. Ich rief Anfang August bei der Firma an, um deren Hard- und Software zu kaufen, da wurde mir mitgeteilt, dass der Vertrieb Ende Juli aus strategischen Gründen eingestellt worden sei. Das war ein echter Schock für uns. Das »Kino im Sprengel« in Hannover hatte als letztes Kino vier Wochen zuvor dieses Produkt gekauft. Um keine Wartungsverpflichtungen einzugehen, wurde der Verkauf vorhandener Geräte kategorisch abgelehnt.

Es gibt jetzt also nur noch Geräte zu kaufen, die für den verschlüsselungsfähigen DCI-Standard der Majors zertifiziert sind. Auf dem deutschen Markt gibt es drei Hersteller, die so etwas anbieten. Aktuell kostet die preiswerteste Lösung 40.000 netto. Wir hoffen nun, dass die Subventionen für Kinos 2014 nicht verlängert werden und dass die Preise daraufhin und im Zuge der Markt-



sättigung bis Sommer 2014 weiter nachgeben und auf ca. 30.000 netto fallen. Dann wollen wir „with a little help from our friends“ zuschlagen und das achteinhalb DCI-konform digitalisieren. Da wir keine Chance haben, auf der Basis von 35mm ein Programm bis Sommer 2014 auf die Beine zu stellen, einige Verleiher aber zugesagt haben, uns ihre Filme auf Blu-ray zu brennen, haben wir uns einen professionellen Beamer mit entsprechendem Equipment zugelegt. Aber ich kann Euch trösten, mit „Paulette“, „Das Mädchen Wadja“ und „Die Akte Grant“ haben wir im November noch drei 35mm-Filme in petto! So gesehen eine Rarität.

?: *Außer dem enormen finanziellen Aufwand, was bedeutet eine vollständig neue Technik nach 118 Jahren für den Betrieb des achteinhalbs?*

!: Ja, das Ganze nagt schon an unserem Selbstverständnis als Kino achteinhalb. Wir sind in Deutschland das einzige Kino, in dem der Projektor sicht- und hörbar im Kinoraum steht und das während des Films eine Pause einlegt. Beides haben wir für uns als achteinhalb, als offenes Projekt im Sinne von einsehbar – jeder Besucher und jede Besucherin kann sehen und hören, was im Raum passiert, welche Handgriffe am Projektor vorgenommen werden – immer als identitätsbildend empfunden. Den Anlass für die Pause bildete der technisch notwendige Spulenwechsel. Machten wir jetzt eine Pause, käme sie willkürlich von außen, nicht mehr aus dem Betriebsablauf heraus. Auch ein Server hinter Glas wird nicht den Charme eines Projektors ausstrahlen. Mich stimmt das eher traurig und verunsichert mich ein wenig. Wir müssen da zusammen mit unserem Publikum und mittels gegenseitigem Feedback Erfahrungen sammeln.



lechts und links

kann man nicht velwechsern

Am 30.08.2013 fand in der Heimvolkshochschule in Hustedt eine Veranstaltung zum Thema „Auf dem rechten Auge blind? Konsequenzen aus der NSU-Mordserie“ statt. Als eine der notwendigen Konsequenzen kam wiederholt aus dem Publikum, dass es dringend notwendig ist, sich von der sog. „Extremismustheorie“ zu verabschieden. Diese unsinnige und falsche Theorie setzt alles, was nicht zur „Mitte“ gehört gleich, also Antifaschismus ist gleich Faschismus, links gleich rechts. Das ist nicht nur eine Unverschämtheit, sondern auch einfach mal grundlegend verkehrt. Der Faschismus wird mit den Opfern des Faschismus gleichermaßen als „demokratiegefährdend“ bewertet. Diese von Jesse und Backe konstruierte Theorie ist zwar umstritten, wird aber von staatlichen Stellen, wie Verfassungsschutz oder auch von Frau Schröder (Familienministerin und „Erfinderin“ der ebenfalls umstrittenen „Extremismusklausel“, sh revista 66) genutzt, um „Feinde“ der freiheitlich demokratischen Grundordnung auszumachen. Gegen diese Theorie, gegen die Gleichsetzung von Faschisten und ihre Opfer richteten sich die Beiträge der Teilnehmende bei der Diskussion, und es wurde deutlich gemacht, dass der Begriff „Extremismus“ schlichtweg untauglich ist; diejenigen, die gemeint sind, sollten klar benannt werden, z. B. als Neonazis und/oder Rassisten.

Gert Neumann, besprach die Veranstaltung in der Celleschen Zeitung. Er war zwar bei der Diskussion schon lange nicht mehr anwesend, meinte aber dennoch ein Fazit der Veranstaltung herausgehört zu haben: „Zwar sei die allen zugrunde liegende Extremismus-These nach wie vor richtig, dass die Demokratie von ihren Rändern her gefährdet sei, doch sei ein latenter Extremismus in der Mitte der Gesellschaft nicht zu unterschätzen.“ Wer hat diesen Unsinn Herr Neumann in die Feder geflüstert? Auf dem eigenen „Mist“ kann diese »Kenntnis« mangels Anwesenheit ja nicht gewachsen sein. Durch Abwesenheit gegläntzt – Thema verfehlt – nix begriffen, fünf – setzen, Herr Neumann!

Die Identitären – jetzt auch in Celle?

„Vor einem Jahr wurde eine neue Facebook-Gruppe angemeldet: die Identitäre Bewegung Deutschlands (IBD). Innerhalb weniger Wochen hatte sie über 4000 Unterstützer. Ihr Symbol ist der griechische Buchstabe Lambda auf gelbem Grund, der im Historienfilm »300« auf den Schilden der gegen eine feindliche persische Übermacht ankämpfenden Spartaner prangte. So fühlen sich die Identitären – als »neue Spartaner« im Kampf gegen »Multikulturalismus« und »für den Schutz des europäischen Kontinents vor Überfremdung, Massenzuwanderung und Islamisierung.“ (Ulla Jelpke, Junge Welt, 4.10.2013)

Nun ist das »Lambda« hier und da auch in Celle aufgetaucht, z.B. – siehe Foto unten – auf einem Kasten am Schlossberg.

Pauline Schmidt schreibt zu dieser neuen Gruppierung:

„Das traditionelle Bild des Rechtsextremismus hat sich gründlich gewandelt. Vor allem im Internet findet braunes Gedankengut einen neuen und popmodernen Deckmantel. Autonome Nationalisten, Identitäre Bewegung, Reconquista, Fahrheit 451, German Defense League und andere Gruppen arbeiten hier mit jugendlicher Bildersprache an top aktuellen Themen. Die rechten Inhalte sind dadurch oft erst auf den zweiten Blick erkennbar. Ein Problem, da vor allem junge Menschen erreicht werden sollen.

Jeder junge Mensch suche nach Identität, wolle anders sein, resümiert der Experte der MEGA (Mobile Einsatzgruppe gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit) in Brandenburg (...). Seine Schwerpunkte sind Internet und Musik – beides wird von der rechten Szene gern genutzt, um Jugendliche zu erreichen. Besonders die Identitären scheinen dieses Prinzip "perfektioniert" zu haben. "70% der 15-21 Jährigen, die zufällig auf die Seite der Identitären kommen, klicken gefällt mir", so der Experte. Die Gruppe stuft sich selbst als "Bewegung" der nächsten Generation ein, nutzt Slogans, wie "Wir sind anders. Wir sind neu. Wir sind Identitär". Bis zu vier Millionen "Gefällt-mir-Angaben" haben die Videos der Bewegung und nutzen dabei gern abgeänderte und eher links angesiedelte Codes. So springen die Mitglieder in Videos mit Fischaugeneffekt zu harter Techno-Musik mit weißen Masken umher und halten dabei Sprüche wie "Multikulti wegbassen" oder "Pro Border" in den Händen. Dass es sich bei diesen Aufnahmen um ein Sammelbecken für Rädelführer der rechten Szene handelt, die sich unter dem Deckmäntelchen von Harlem Shake Videos präsentieren, ist nicht immer sofort deutlich.“



<http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/popkultur-rechts-alte-inhalte-neu-verpackt-8966>

Der scheinheilige Martin

Christenmenschen haben's schwer – müssen sie doch zwei Herren dienen. Davon wollte Dr. h.c. Martin Biermann Ende September eine Geschichte erzählen – und zwar auf der so genannten »Bürgerkanzelerede« der Stadtkirche.

Vielleicht ist aber ein kurzer Rückblick sinnvoll: Biermann wurde 1990 Verwaltungschef der Stadt Celle, also in einer Zeit, in der die so genannte Asyldebatte auf ihren Höhepunkt zusteuerte und den beiden Volksparteien CDU und SPD als Reaktion auf die rechtsradikalen Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen nichts Besseres einfiel, als das Asylrecht faktisch abzuschaffen. Mit der sicher nicht beabsichtigten Folge, dass sich Rassisten geradezu ermutigt fühlten und die mörderischen Brandanschläge von Mölln und Solingen folgten. Zehn Jahre nach Biermanns Amtsantritt schwappten die rassistischen Ressentiments in Teilen der Bevölkerung hoch, als die Flüchtlingsunterkunft an der Harburger Straße zum Zentrum des Drogenhandels hochgejazzt wurde. Biermann wollte sich ein eigenes Bild machen und offenbarte der Öffentlichkeit seine Gefühle:

„Kurz nach 21 Uhr hielt ich mit meinem Wagen in direkter Nähe des Hauses, da tauchten plötzlich finstere Gestalten auf, die sich eindeutig abwehrend meinem Auto näherten - so schnell habe ich noch nie den Rückwärtsgang gefunden.“ Auf einer Parteiversammlung legte er seine Auffassung allgemein so dar: *„Ich bin nicht bereit, abgelehnten Asylbewerbern, die zur Ausreise verpflichtet sind und hier bei uns mit Drogen dealen, ihr verbrecherisches Tun noch durch geförderten deutschen Sprachunterricht zu erleichtern, sondern ich bin dafür, dass diese schnellstmöglich unser Land verlassen, um ihr ungesetzliches Treiben zu beenden.“*

Aber einmal – und davon erzählt uns der Oberbürgermeister a.D. von der Kanzel – einmal habe er sich als „die Mitmenschlichkeit übender Christ“ schuldig gemacht. Er berichtet über eine Situation, wo ihn ein „hochrangiger Vertreter der Kirche“ im Büro aufgesucht und aufgefordert habe, die direkt bevorstehende Abschiebung eines Asyl begehrenden Ehepaares auszusetzen. „Ich fühlte mich in einer schier ausweglosen Situation, hier die Wahrung des staatlichen Rechts, dort die Forderung seinen Vollzug aus christlicher Verantwort-

ung heraus zu verhindern.“ Und weiter: „Mir war klar, was ich auch tun würde, ich würde Schuld auf mich laden. [...] Ohne einen Rechtsgrund dafür nennen zu können, stoppte ich die Abschiebung.“

Was treibt Biermann bis heute um? Die Forderung »der« Kirche an ihn, „sich gegen das staatliche Recht, gegen Gesetz und Rechtsordnung zu entscheiden“. Und er fragt: „Darf die Kirche ihre Gläubigen moralisch dazu veranlassen, ihren Amtseid zu brechen? Muss man nicht von einer Kirche erwarten, dass sie Menschen in Konfliktfällen beisteht, anstatt sie in sie hinein zu stürzen?“

Es sind rein rhetorische Fragen, die der Kanzelredner hier aufwirft. Denn Biermann hat sich entschieden und als Kronzeugen ruft er den Politikwissenschaftler Waldemar Besson auf, dem er als Zitat aus den 1960ern folgenden Satz zuschreibt: „Die Kirche ist nicht dazu da, die Gesellschaft zu verändern, damit die Menschen sich

ändern, sondern die Kirche ist dazu da, die Menschen zu ändern, damit die Gesellschaft sich ändert.“ Dagegen wäre grundsätzlich nichts zu sagen. Nur dann sollte Kirche schnellsten auch mal aus allen gesellschaftlichen Gremien und Kommissionen verschwinden und die Gesellschaft mal vom Einzug der Kirchensteuer befreien. Wir gehen mal davon aus, dass Dr. h.c. Martin Biermann so weit nun wieder nicht gehen will. Kirche stört ihn überall dort, wo sie sich gegen staatliches Handeln für Menschenwürde einsetzt. Dazu gehört dann für ihn selbstverständlich auch das »Kirchenasyl«.

Aus der „Krise“, in die ihn sein Handeln gegen staatliches Recht gebracht habe, hätte ihm „die Bitte um Vergebung und der Glaube geholfen“, so Biermann. Wenig

später war ja auch alles wieder im Lot: Trotz aller kirchlichen Intervention ließ er ein Paar mit zwei Kindern abschieben. Ab in die Ukraine, obwohl – worauf Leute wie Biermann ja Wert zu legen pflegen – bestens integriert in Jobs und Schule. Ab in die Ukraine, obwohl als Notfallplan eine Auswanderung nach Kanada weitgehend in die Wege geleitet war.

Tja – da musste sich eine Gemeinde mal ordentlich abkanzeln lassen.

Quelle: <http://celleheute.de/martin-biermann-spricht-auf-buergerkanzelerede-ueber-gewissenskonflikte/>

Aufruf zur Demonstration in Berlin am 16. November 2013

PKK-Verbot aufheben

Im Frühling 2013 begann in der Türkei eine Zeit der Hoffnung auf Frieden und demokratischen Wandel. Nach jahrzehntelangem Kampf ist die Anerkennung und Gleichberechtigung der Kurdinnen und Kurden in der Türkei in greifbare Nähe gerückt. Der von der PKK eingeleitete Waffenstillstand und der am 8. Mai

begonnene Rückzug ihrer Kämpferinnen und Kämpfer aus der Türkei sind deutliche Schritte. Die türkische Regierung verhandelt seit Ende 2012 direkt mit dem

Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan. Damit ist er als politischer Vertreter der Kurdinnen und Kurden in der Türkei anerkannt worden.

und der Versammlungsfreiheit von Kurdinnen und Kurden durch Verbote und Strafverfahren aufhört.

Vor 20 Jahren, am 26. November 1993, hat der damalige Innenminister Manfred Kanther das Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Deutschland verfügt. Tausende wurden seitdem zu Geld- oder Haftstrafen verurteilt, hunderte nach Behördenmeinung der PKK nahestehende Institutionen, Vereine und Veranstaltungen verboten. Seit 2012 sind kurdische Politiker auch noch auf der Grundlage des § 129b für die mutmaßliche Mitgliedschaft in bzw. Unterstützung einer „ausländischen terroristischen Vereinigung“ angeklagt. Das politische Engagement zehntausender Kurdinnen und Kurden in Deutschland ist durch diese Maßnahmen stark eingeschränkt.

Alle, die sich für die Rechte der Kurdinnen und Kurden einsetzen, sind von Kriminalisierung und staatlicher Repression bedroht, wenn sie sich nicht ausdrücklich von der PKK distanzieren.

Die Aufhebung des PKK-Verbots sowie die Streichung der PKK von der Terrorliste der EU wären wichtige Schritte auf dem Weg von Dialog und Konfliktlösung.

Für diese Forderungen und für eine demokratische Entwicklung in der Türkei und im Mittleren Osten wollen wir am 16. November 2013 in Berlin demonstrieren.

Erstunterzeichner u.a.: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln; Dialog-Kreis "Die Zeit ist reif für eine politische Lösung", Köln; Netzwerk Friedenskooperative, Bonn; Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW), Berlin; Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) - Bundesverband, Berlin; Internationale Liga für Menschenrechte, Berlin; Europäische Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.V. (EJDM), Düsseldorf; Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V. (VDJ), Krefeld; Bundesausschuss Friedensratschlag,



Beim Newroz-Fest in der kurdischen Metropole Diyarbakir haben am 21. März ein bis zwei Millionen Menschen friedlich und von der Polizei unbehelligt mit zehntausenden von PKK-Fahnen und Öcalan-Bildern gefeiert und demonstriert. Dialog und Veränderung stehen auf der Tagesordnung. Der Friedensprozess in der Türkei kann sich positiv auf den ganzen Mittleren Osten auswirken.

Dieser Aufbruch sollte von Deutschland und Europa aus entschlossen unterstützt werden. Dazu gehört, dass die Einschränkung der öffentlichen Meinungsäußerung

Aus Celle fahren zwei Busse:
Abfahrt 6:30 Uhr vom TUS-Platz
Kosten: 15 Euro



Sarrazinismus

Der Christdemokrat Bernd Heindorf, Mitglied im Ortsrat Groß-Hehlen, hat seinen Sarrazin gelesen. Bestimmte Zuwanderergruppen ließen sich nicht integrieren, sondern kämen nur den Staat teuer zu stehen. Für ihn gibt es „Leute, die passen hier nicht hin“. Beispielhaft führte er Migrant*innen aus dem ländlichen Anatolien an, was sich dann in der Kriminalitätsrate zeige – und er meinte damit auch die in Celle lebenden Kurd*innen. Das Ganze lief nicht am Stammtisch, sondern auf einer gemeinsamen Sitzung aller Ortsräte zum Thema Demografie Ende August. Die SPD forderte die CDU auf, sich für ihr Mitglied zu entschuldigen. Die aber sitzt das bis heute einfach aus. (CZ, 31.08.2013)

Bodenvergifter

Unsere Jäger sind ja bekanntlich die allerallergrößten Tier-, Natur- und Umweltschützer. Ab April 2014 sollen sie jetzt aber in niedersächsischen Landesforsten nur noch mit bleifreier Munition durch die Gegend ballern dürfen. Die Jäger finden aber: „bleihaltig“ tötet sich viel besser. Und gegenüber der CZ gab der Verantwortliche der Celler Kreisjägerschaft Hans Goller uns deshalb folgende Rechenaufgabe auf: „Nach den derzeitigen Zahlen werden pro Jahr 3,62 Gramm Blei pro Hektar und Jahr verschossen. Die These, dass die Jäger mit Büchsenmunition die Landschaft verbleien, ist daher eine Lüge, die die Öffentlichkeit bewusst verunsichern soll.“ So dann rätseln wir mal: Die Bundesrepublik hat eine Fläche von 357121 km² – wie hoch wäre der jagdbedingte jährliche Bleieintrag, wenn wir diese Fläche nehmen? 130 Tonnen oder 130 kg? Ach so: Die Überschrift „Bodenvergifter“ ist nach der Lösung der Aufgabe entstanden. (siehe CZ, 03.09.2014)

Wiederbelebung Schiene

Verkehrsminister Olaf Lies will Bahnstrecken in Niedersachsen reaktivieren. Zu Beginn waren es 58 - zum Teil schon seit vielen Jahren stillgelegte - Trassen, die in der ersten Phase überprüft werden. Darunter: Celle – Soltau (Süd), Celle – Wittingen (West), Beckedorf – Munster (Örtze). Im Spätherbst 2014 soll schließlich die endgültige Entscheidung gefällt werden. Lies erklärte dazu: „Wir wollen prüfen, wo mit wirtschaftlicher Vernunft der Schienenpersonennahverkehr in die Fläche ausgeweitet werden kann.“ Lies betonte weiter, dass „die Untersuchung auf die Reaktivierungswürdigkeit von Strecken und Haltepunkten so transparent wie möglich erfolgen soll. Ich möchte alle von der Reaktivierung betroffenen Gruppen und Institutionen in das Verfahren einbinden.“ In einem Bewertungsverfahren sollen fünf Kriterien gleichrangig bewertet werden: Verkehrspotential (Berufspendler, touristische Attraktivität, Bevölkerungsentwicklung, heutiges ÖPNV-Angebot); Konkurrenzsituation; Ziele der Raumordnung (z.B. Anbindung Mittelzentren, Stärkung von Siedlungsachsen, Nutzung Güterverkehr); Nachhaltige Mobilität (z.B. Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf Schiene; Verbesserung der Erreichbarkeit im ÖPNV); Kosten (Investitionskosten; Folgekosten).

Das Finanzierungskonzept sieht folgendes vor: Die Investitionskosten werden zu 75 Prozent vom Land übernommen, den Rest sollen die Landkreise vor Ort übernehmen. Die späteren Betriebskosten liegen beim Land. Das aber will sich dafür aus dem Topf für Landesnahverkehrsmittel bedienen. Was auf Kosten des Busverkehrs gehen könnte. Deshalb äußerte sich der Kreisrat Krüger gegenüber der CZ skeptisch. Man könne beim Busverkehr auf keinen einzigen Euro verzichten. Typisch Landkreis mal wieder. Im Nahverkehrsplan wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der im Vergleich zu anderen Landkreisen schlechtere Standard im wesentlichen auf ein Fehlen von schienengebundenen Strecken außerhalb der Hauptstrecke zurückzuführen ist.

Schon in der ersten Bewertungsrunde soll übrigen die Strecke Celle-Wittingen rausgefallen sein - angesichts der Begeisterung der Spitze der Landkreisverwaltung vielleicht kein Wunder.

Rüstungskontrolleur

Henning Otte (CDU) war – wie wir im Wahlkampf mitbekamen – im Bundestag auch Mitglied des Unterausschusses »Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung«. Und jetzt bitte abstimmen:

O Die besten Witze schreibt das Leben.

O So wird der Bock zum Gärtner.

O Nach jedem Rumms, nach jedem Knall – ein Ratzeputz auf Rheinmetall.

Alter Kanal

Die Gastwirtschaft »Alter Kanal« ist bekannt für ihre sexistische Werbung. Nach 2011 rügte der »Deutsche Werberat« jetzt erneut die Frauen diskriminierende Flyerwerbung. Die Beschwerde eingereicht hatte diesmal Celles Gleichstellungsbeauftragte Rosemarie



Lüters. Der Werberat hat daraufhin sowohl das Motiv als auch den verwendeten Text als Verstoß gegen die Grundsätze des Deutschen Werberats gerügt. Im Schreiben des Werberats heißt es darüber hinaus: „Mit Unterstützung einer Organisation vor Ort in Niedersachsen hatte der Werberat zusätzlich versucht, das werbende Unternehmen [...] zum Einlenken zu bewegen [...] Erreichen konnten wir, dass die Gaststätte bei ihrer nächsten kommerziellen Kommunikationsaktion wohl ein männliches Modell verwenden will.“ – Merkwürdig: Ist Gleichstellung in Sachen Sexismus ein Erfolg? Aber klappt auch nicht so richtig, die sexistische Diskriminierung von Männern (siehe oben).



Militär als Event

Rund 25.000 Besucher*innen soll der so genannte »Aerospace Day« in Faßberg Anfang September gehabt haben. Currywurst & Kriegsgerät als Mega-Event und wie selbstverständlich sitzen (laut CZ-Berichterstattung) auch Fünfjährige am Steuerknüppel vom Bell UH-1D, dem auch uns aus Vietnam-Filmen noch gut bekannten Hubschrauber. Rheinmetall soll (wieder laut CZ) mit einem 120.000 Euro teuren Stand dabei gewesen sein, wo sich selbst der Vorstandsvorsitzende des Konzerns, Armin Pappberger, sehen ließ. „Gern wieder“, kommentierte Tore Harmening für die CZ – und wir wissen mal wieder, warum wir nichts vermissen würden, wenn Faßberg von der Landkarte verschwindet. (CZ, 9.9.2013)

FAZ i.R.

Kurz vor der Bundestagswahl nahm sich die FAZ den grünen Spitzenkandidaten Trittin vor, Überschrift: „Göttinger Verhältnisse“. Heraus kam nichts Neues, sondern nur neu angeordnet das, was ein gut sortiertes Archiv an konservativen Schmähungen des ehemaligen Mitglieds des »KB« so hergibt. Aufhorchen ließ uns eher, dass der zeichnende Journalist Stefan Dietrich als Wohnort Celle angab. Bis zum Eintritt in den Ruhestand vor rund 2 ½ Jahren war er bei der FAZ „verantwortlicher Redakteur für Innenpolitik“, sein besonderes Verhältnis zu Jürgen Trittin dürfe sich in jener Zeit ausgeprägt haben, als er zwischen 1991 und 2000 Korrespondent der FAZ für Niedersachsen war. – Und jetzt hat Dietrich für seinen Altersruhesitz ausgerechnet unsere kleine Stadt ausgesucht.

Nordwall-Fans

Viel zu langsam geht es den Bündnisgrünen im Rat mit dem gegenläufigen Ausbau des Nordwalls. „So darf das mit dem Bauprojekt nicht weitergehen“, meinte Fraktionschef Bernd Zobel An-

fang Oktober und will von der Verwaltung Antworten, warum es an allen Ecken und Enden „hakt“. (07.10.2013)

Ostumgehung

Die neue Landesregierung macht in Sachen Ostumgehung selbstverständlich da weiter, wo die alte aufgehört hat. Anfang Oktober kündigte Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) an, nicht auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg warten zu wollen: „Wir wollen die Abschnitte 4 und 5 jetzt konsequent voranbringen und parallel angehen.“ Es bleibt also bei der alten Taktik, das Gericht damit unter Druck zu setzen, nachdem vom Süden her Fakten geschaffen wurden, jetzt auch vom Norden her Fakten zu schaffen. Die dem ganzen zugrundeliegende Behauptung, jedes Teilstück habe für sich eine verkehrsentlastende Bedeutung, erweist sich inzwischen als Unfug – es



entsteht einfach eine Verlagerung der Belastungen. Jetzt leiden Anwohner*innen des 2. Bauabschnitts unter Verkehrslärm. Deren Bewerden sind offensichtlich so nachvollziehbar, dass die Stadt jetzt den Lärmschutzwall am Altenceller Feld verlängern will. Im Rathaus nennt man das dann „Landschaftsschutzwall“, weil auf „Lärmschutz“ kein Rechtsanspruch bestehe. Aber auch das ist wieder eine dieser irren Volten: Nachdem die Landschaft großräumig zerstört ist, baut man „Landschaftsschutzwälle“. (10.10.2013)

Public Viewing

Bei der Fußball-WM nächsten Sommer in Brasilien wird es nach Auffassung derjenigen, die sich dafür zuständig fühlen, kein »Public Viewing« geben. Das muss man angesichts schwarz-rot-goldener Besoffenheit nicht unbedingt bedauern. Ärgern kann einen aber die Verlogenheit. Bei allem, was nicht dem Tourismus dient wie Altstadtfest oder eben Public Viewing wird auf »leere Kassen« verwiesen, während für Merk-

würdigkeiten wie die Lobhudelei des britischen Königshauses (im Rahmen der Landesausstellung „Als die Royals aus Hannover kamen“) dann das Geld da ist. – Und über Möglichkeiten zur Senkung des Defizits beim Public-Viewing wird offensichtlich nicht einmal nachgedacht. (28.09.2013)

Biosphärenreservat

Völlig abwegig seien Überlegungen, aus dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne ein Biosphärenreservat zu machen, meint der neue Kommandant des selbigen, Oberstleutnant Jörg Wiederhold, gegenüber der CZ. Die Truppenübungsplätze Munster und Bergen seien für Bundeswehr und NATO von zentraler Bedeutung. Der Anteil der abziehenden Briten am Übungsbetrieb mache nur 10 Prozent aus, was „gut kompensierbar“ sei. – Das wird die Politik »freuen«, dass ihre Bundeswehr-offiziere eine so klare Meinung über zu treffende politische Entscheidungen haben und äußern. (28.09.2013)

Altstadtfest

Totgesagte leben länger? Für das Altstadtfest könnte sich diese Plattitüde bewahrheiten, denn: Was die Celler Rockmusik-Initiative (kräftig unterstützt vom Südwinen-Team) im September vor dem Schloss veranstaltete, kam an. Trotz des schon leicht kühlen Wetters kamen rund 1.700 Menschen. Viel wichtiger aber: Alle fühlten sich wohl. Es war genau das, was ein Stadtfest soll: Leute treffen bei Live-Musik und Bier. Musikalisch gab's auch einige Perlen (die wieder großartige Bet Williams z.B.). Fazit: Vielleicht muss es im nächsten Jahr gar nicht viel mehr sein.

Wildtier-Zirkus

Die FDP-Fraktion hatte schon im vergangenen Jahr beantragt, dass die Stadt ihre Flächen nicht mehr an Zirkusse vergeben soll, die Wildtiere präsentieren. Die Verwaltung prüfte und kam im September aus ihrer Sicht zu dem Ergebnis, dass dafür die Rechtsgrundlagen fehlen. Trotzdem wollte eine Ausschuss-Mehrheit der Tierquälerei in Zirkussen in Celle ein Ende setzen und stimmte für den FDP-Antrag. Im Verwaltungsausschuss, durch den der Antrag dann aber auch noch musste, wurde diese Abstimmung wieder einkassiert. Jetzt ist also die Zivilgesellschaft gefragt: Nicht hingehen! Keine Werbung zulassen! Protestieren.

Rassismusvorwurf

Nachdem Schiedsrichter Heinz Hennigs einem Spieler von TuS Celle II gesagt haben soll, er solle doch »zurück in sein Land« gehen, verließen der so Beleidigte mit seinen Mitspielern in der 85. Minute den Platz. Passiert sein soll das in der Begegnung der 3. Kreisklasse zwischen dem MTV Ahsbeck II und TuS Celle II. Die CZ berichtete: Der Spieler selbst, „ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Kurde mit deutschem Pass, wollte sich mit Blick auf eine mögliche Verhandlung vor dem Sportgericht nicht zu dem Vorfall äußern, bestätigte aber, dass der Satz so gefallen sei. Auch einige von den Beleidigungen entsetzte Mitspieler, die direkt daneben standen, bestätigten den heftigen Vorwurf. Hennigs wollte sich laut Kreisschiedsrichterbmann Michael Frede weder zu dem Spiel noch zu dem Vorfall äußern.“ (10.10.2013)



Rheinmetall zahlt keine Gewerbesteuer

Null, null Euro an Gewerbesteuer zahlt der Rüstungskonzern Rheinmetall an seinem Standort in Unterlüß: 2012 keine Gewerbesteuer und 2013 ebenfalls Nichts. Dies sickerte auf der Ratssitzung der kleinen Gemeinde Anfang Oktober an die Öffentlichkeit. CDU-Ratsherr Eberhard Staiger hatte angeblich geplaudert. „Das ist ... nicht in Ordnung“, so sah es Bürgermeister Kurt Wilks und meinte damit natürlich das Leck. Rheinmetalls Pressesprecher verwies auf das Steuergeheimnis. Für die Gemeinde ist das Ganze eine Katastrophe: In diesem Jahr wird der Haushalt mit 1,7 Mio. Euro ins Minus rutschen.

Gewerbebetriebe haben nach dem Gesetz Gewerbesteuer zu zahlen. Grundlage dafür ist die Höhe ihres Gewerbeertrages bzw. ihres Gewinns. Personengesellschaften haben dabei einen Freibetrag von 24.500 Euro, Kapitalgesell-

schaften wie Aktiengesellschaften und GmbHs haben keinen Freibetrag. Nach Wikipedia zahlt eine kleinere Kapitalgesellschaft mit einem Gewinn von z.B. 100.000 Euro (bei einem Hebesatz der Gemeinde von 400) immerhin 14.000 Euro Gewerbesteuer.

Der gesamte Konzern Rheinmetall AG erzielte nach „finanzen.net“ im Jahr 2012 mit 21.516 Beschäftigten einen Umsatz von 4,7 Mrd. Euro; in Unterlüß sind ca. 1300 beschäftigt. In der Gewinn- und Verlustrechnung wies der Konzern ein „Ergebnis vor Steuern“ von 239 Millionen Euro aus; an die Aktionäre wurden 68 Mio. Euro ausgezahlt. Wie der Konzern bei diesen Zahlen keine Gewerbesteuer zahlen kann, ist uns ein Rätsel. Aber vielleicht können unsere Bundestagsabgeordneten – Kirsten Lühmann oder Henning Otte, beide Fans von Rheinmetall – uns auf die Sprünge helfen. Schließlich wird hier ein hehrer Grundsatz der bürgerlichen Gesellschaft, wonach die Großen genauso Steuern zahlen müssen wie die Kleinen, zur Makulatur befördert.

Institutioneller Rassismus

Eine Kritik im Zuge der Aufklärung der Verbrechen des NSU geht in die Richtung „institutioneller Rassismus“. Dass dieses Problem nicht nur im NSU-Zusammenhang existiert, zeigte in den vergangenen Monaten ein Prozess gegen ein Gastwirtsehepaar aus Langlingen. Im Dezember 2011 war auf ihr Wohn- und Geschäftshaus ein Brandanschlag verübt worden. Obwohl es Hinweise für eine ausländerfeindliche Tat gab, wurde wegen Brandstiftung einseitig in Richtung des griechischen Gastwirtspears ermittelt. Zum Abschluss des Prozesses bewerteten Verteidigung und Staatsanwaltschaft dies – laut CZ – so: „Die Ermittlungsarbeit sei [...] ziemlich früh in eine Richtung hin festgelegt worden, nämlich mit Hinblick auf eine Verurteilung der Geschädigten. Dabei wurden unbekannt Dritte, die für den Brand verantwortlich seien, völlig außer Acht gelassen.“ (CZ, 22.10.2013) Das Ehepaar wurde letztlich in der Frage der Brandstiftung freigesprochen, allerdings wegen versuchten Versicherungsbetrugs zu einer Geldstrafe verurteilt. (22.10.2013)



VEGAN GUERRILLA #02

„Der Veggie-Day hat uns nicht gut getan“, meinte Claudia Roth als sie noch Grünen-Chefin war. Also einfach mal wieder ein saftiges Steak? Nein- da die Grünen es nicht schaffen, müssen wir, „Freunde jeglicher Erziehungsdiktaturen“, unsere Serie mit Umerziehungslektionen fortsetzen. Heute: Der vegane Kartoffelsalat - rustikal.

Was braucht ihr? Selbstverständlich Kartoffeln (bio), ab in den Topf damit und kochen: nicht zu weich nicht zu hart. Und währenddessen macht ihr vegane »Mayonnaise«: 200 gr. (gekochte) weiße Bohnen mit 2-3 Knoblauchzehen und Olivenöl schön zermatschen – wenn ihr habt, könnt ihr ein bisschen Sojamilch dazutun. Dann schön abschmecken mit Salz und Pfeffer. Dann macht ihr euch ans Kartoffelpellen und schneidet sie so klein, wie ihr's gern habt. Im Sommer einfach noch ein paar frische Gurkenschnipsel dazu, im Winter Essiggurken aus dem Glas (mit dem Wasser könnt ihr dann das vegane Mett machen – Rezept in unserem letzten Heft).

Wer's braucht, kann dann ja noch Tofu dazugeben. Es gibt unterschiedlichste gewürzte Fertigprodukte, die sich ganz gut eignen.

Das ist jetzt nur eine Mayo-Variante, andere machen's eher Sojamilch-basiert.

So: Ab in die Küche!



Zur Wahl des Ölkännchens

Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Der lange Lulatsch: Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten.

Oma Lilo: Gähn. Es hatte doch einen gewissen Unterhaltungswert und eine gute handvoll Opfer: Rössler, Niebel ... jetzt fällt mir schon nicht mal mehr der Name des Spitzenkandidaten ein.

Die Dicke: Und Claudia kann sich künftig bei der Abstimmung ihrer Schal-Auswahl ganz auf das Bundestagsgestühl konzentrieren.

Klein Jonas: Aber die Merkel bleibt – wie der Kohl.

Der Besserwisser: Fürwahr – eine Sternstunde der Demokratie.

Der lange Lulatsch: Am Gruseligsten fand ich ja, wie sich die Grünen am Wahlsonntag nicht mehr für die Wähler*innen interessierten, die ihnen ihre Kreuze gegeben haben, sondern nur noch für die Leute, die dies nicht getan haben. Da haben gut drei Millionen Menschen ihre Zustimmung zum Steuerprogramm der Partei erteilt, aber die versichert sofort nach der ersten Prognose, dass sie ja nun in keinem Falle mehr für Steuererhöhungen werben wolle. Schneller war bisher niemand.

Oma Lilo: Das ist doch Alltag: Ihr erinnert euch daran. 2005 wollte die CDU die Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte erhöhen und die SPD war strikt dagegen. Heraus kamen dann drei Prozentpunkte.

Der Besserwisser: Ihr wollt es einfach nicht begreifen, oder? Die Wahl hat den Zweck, die Zustimmung der Bürger zum Regiertwerden zu organisieren – und zwar auch und gerade jener Bürger, die nicht zu den Nutznießern der herrschenden Verhältnisse gehören. Und die Parteien interpretieren das Wahlergebnis nach der Wahl immer ganz so, wie es ihnen passt. Der so genannte Wählerauftrag besteht eben in gar nichts anderem als darin, dass eine Regierung zustande kommt. Das kommt aus der Wahl ja auch auf jeden Fall raus.

Die Dicke: Aber am Ergebnis lässt sich doch herauslesen, von wem die Leute lieber regiert werden wollen als von anderen.

Der Besserwisser: Aber welche Form von Koalition sie dann gern hätten, dürfen sie zwar gern den Demoskopern mitteilen, entschieden wird's aber woanders – bzw. war's schon vorher.

Oma Lilo: Wobei der Rausflug der FDP die Möglichkeiten ein bisschen verändert haben.

Der Besserwisser: *[resignierendes Kopfschütteln]*

Die Dicke: Selbst in der Stadt Celle sind sie hinter der Linken gelandet – nur noch 4,5 %, und sogar in Boye nur noch 9,6 %.

Oma Lilo: Wie hat denn die Linke in der Stadt abgeschnitten?

Die Dicke: Glatte 5,0 % und damit punktgenau auch im Landeschnitt.

Klein Jonas: Und wie viel lebte sind das?

Die Dicke: Genau 1906.



Der lange Lulatsch: Ups – da würde ich gern mal wissen, wer die sind.

Der Besserwisser: Besser nicht, besser nicht.

Oma Lilo: Aber dieser Vergleich Stadt Celle zum Landesdurchschnitt ist ja ganz interessant. Wie sieht das denn bei den anderen aus?

Die Dicke: Besser abgeschnitten haben die CDU mit 43,2 gegenüber 41,1 %, dann die FDP mit 4,5 gegenüber 4,2 % und schließlich die AfD mit 5,0 gegenüber 3,7 %.

Der lange Lulatsch: Das heißt, die politische Rechte [*blickt zum Besserwisser*], wenn man so will, steht in der Stadt besser da als im Landesdurchschnitt.

Die Dicke: Die SPD war mit 29,8 % deutlich schlechter als im Landeschnitt, wo sie 33,1 % hat. Und die Grünen haben 7,7 gegenüber 8,8 % im Landesschnitt. Aber die SPD hat immerhin in der Stadt gegenüber 2009 leicht zugelegt.

Der lange Lulatsch: Hast du auch in die Stadtteile geschaut?

Die Dicke: Ja klar. Aber da gibt's kaum Neues. In den ganzen Vororten, also Garßen, Altenhagen, Groß-Hehlen usw. dominiert die CDU noch mehr als in den zentrumsnahen Stadtteilen. Also: Wer Wohneigentum hat und so häufig auch Vermögen, wählt rechts. Und in den Stadtteilen mit hohem Anteil von Mietwohnungsbau gibt es für Die Linke wie auch für die SPD die besseren Ergebnisse. Es gibt nur ein einziges Wahllokal, wo die SPD mehr Stimmen geholt hat als die CDU: das ist das Wahllokal Kita Gertrud-Kock-Haus in Neuenhäusen.

Der lange Lulatsch: Wie sieht es da mit der Wahlbeteiligung aus?

Die Dicke: Das waren im Stadtgebiet knapp 70 %. Und in der Tendenz lässt sich sagen, dass die guten Ergebnisse der CDU mit hohen Wahlbeteiligungen korrelieren.

Der lange Lulatsch: Und die Alternative für Deutschland?

Die Dicke: Die haben in der Stadt die 5 %-Hürde ganz knapp geschafft; sie haben nur 5 Stimmen weniger als Die Linke. Ihre Celler Hochburg hat die AfD in den beiden Wahllokalen in Garßen mit jeweils gut 7 %, aber sie hat auf der anderen Seite auch ganz gute Ergebnisse in den Arbeiter- und Rentnerquartieren.

Oma Lilo: Und Lühmann und Otte können jetzt endlich anfangen, sich zu Duzen, oder?

Der lange Lulatsch: Das schönste Bild, wie sie ihren Job interpretieren, war ja sowieso, wie beide den Spaten schwangen für den so genannten ersten Spatenstich beim Ausbau des Standorts Rheinmetall Unterlüß. Da war schon sooo viel Gemeinsamkeit ...

Der Besserwisser: Wie schon Erich Mühsam schrieb: „Jeder Wähler ist ein Tröpfchen von dem Öl, das die große Staatsmaschine schmiert. Was er wählen darf, ist allein das Ölkännchen, aus dem er in das Räderwerk träufeln darf, und von dem je nach der Größe des Behälters ein Schuß mehr links oder ein Schuß mehr rechts in den Apparat gegossen wird, dessen Hauptwalze sicher und exakt funktioniert, unbeirrt darum, welche von den vielen Seitenrädchen sich etwas schneller und welche sich etwas langsamer um ihre Achse drehen. Die Stimmabgabe jedes einzelnen Wählers hat also für den Gang der Geschicke eines Volkes ebensoviel zu bedeuten, wie der Rauch einer Zigarre, der sich im weiten Raum einer Wolke beimischt, für den Niederschlag eines Gewitters.“



51 Monate für „Geheimbündelei“

Im Jahr 1955 sprach die Lüneburger Entschädigungsbehörde Kurt Berger als Erbe seines Vaters Louis Berger 3/16 der diesem zugesprochenen Haftentschädigung in Höhe von 3.750 DM, also 703,12 DM zu. Volle 25 Monate im Gefängnis gesessen hatte das KPD-Mitglied Louis Berger, verhaftet am 14.3.1933, verurteilt am 3.8.1934, wegen "Vorbereitung zum Hochverrat", d.h. Widerstand gegen das Nazi-Regime. Diesen Beschluss bekam Kurt Berger im Juni 1955 zugestellt, drei Monate später sollte er seine Haftstrafe absitzen, zu der ihn der Adenauer-Staat verurteilt hatte, u.a. wegen Fortführung der Celler Ortsgruppe der Freien Deutschen Jugend (FDJ). Wie es dazu kam, schildern wir in folgendem Artikel.

Hintergrund – das Verbot der FDJ

Schon im September 1950 - nach dem Ausbruch des Korea-Krieges, der einen neuen Höhepunkt im Kalten Krieg brachte - hatte die Bundesregierung die Mitgliedschaft in dreizehn Organisationen für unvereinbar mit einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst erklärt. Neben zwei rechtsextremistischen Gruppierungen gehörten dazu elf linksgerichtete Organisationen, darunter die KPD und die FDJ. Am 26. Juni 1951 wurde dann durch Beschluss der Bundesregierung die »FDJ in Westdeutschland« gemäß Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes verboten („Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.“) Da eine rechtswirksame Auflösungsverfügung fehlte, erließ das Bundesverwaltungsgericht am 16. Juli 1951 noch ein Verbot nach § 129 a Abs. 1 und 3 StGB (damals „Kriminelle Vereinigungen in verfassungsfeindlicher Absicht“).

Das alles waren Vorläufer des KPD-Verbots, das die Bundesregierung am 22. November 1951 beim Bundesverfassungsgericht beantragte. Die KPD wurde am 17. August 1956 als verfassungswidrig verboten und aufgelöst. In seiner Begründung führte das Gericht aus, dass die aktive Anwendung des Marxismus-Leninismus, der

auf eine Diktatur des Proletariats abziele, mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sei. Als weiterer Verbotgrund wurde der „politische Gesamtstil der KPD“ angeführt, der „Ausdruck einer planmäßigen Hetze [sei], die auf die Herabsetzung und Verächtlichmachung der Verfassungsordnung der Bundesrepublik abzielt.“

Der Historiker Georg Fülberth fasste die Konsequenzen so zusammen: „Auf dem Verwaltungswege sind zwischen 1951 und 1958 auf Länderebene achtzig Verbote gegen Organisationen, die als kommunistisch gelenkt galten, ausgesprochen worden. Zwischen 1951 und 1956 wurden in der Bundesrepublik über 3.000 Personen wegen politischer Delikte verurteilt.“

Der Prozess - Angeklagte und Urteil

In Celle war in besonderer Weise die Freie Deutsche Jugend betroffen. Am 31. August 1953 wurden von der Ersten Strafkammer des Landgerichts Lüneburg 28 Jugendliche angeklagt. Darunter 20 Männer und 8 Frauen. Sie gehörten den Geburtsjahrgängen 1926 - 1936 an und waren zum Zeitpunkt der Anklage also zwischen 17 und 28 Jahre alt; noch nicht volljährig waren acht der Angeklagten. Gesondert angeklagt wurden übrigens Hans-Ludwig Nölke, der schon im September zu 18 Monaten Haft verurteilt worden war, und Georg Schmücker (über dessen Prozess ist nichts bekannt).

Die Hauptverhandlung begann am 23. November 1953 im Strafkammersaal des Amtsgerichts in der Celler Kanzleistraße. Am 5. Dezember erging das Urteil. 15 Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen die übrigen 13 ergingen folgende Urteile: Kurt Berger, 11 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft; Liselotte Duwe, 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft; Edgar Zastrow, 6 Monate Gefängnis; Alfred Tolle, 5 Monate Gefängnis; Wilhelm Schmücker, 4 Monate Gefängnis; Richard Nußbeck, Arno Zoch und Helmut Büsch je 3 Monate Gefängnis; Wolfgang Hannecker und Heinz Eggelsmann je 2 Monate Gefängnis; Werner Duwe und Mattias Berger je 4 Wochen Jugendarrest; Heinz Koch 50 D-Mark Geldstrafe. Insgesamt 49 Monate Haft. (ND, 6.12.1953)

Vorgeworfen wurde den meisten Angeklagten, „an einer Verbindung teilgenommen zu haben, deren Verfassung vor der Staatsregierung geheimgehalten werden soll [...] und zugleich sich an einer Vereinigung, deren

Ungeheuerliches Terrorurteil im Celler Prozeß

51 Monate Freiheitsberaubung für junge Patrioten / 15 Friedenskämpfer freigesprochen

Celle (ADN). In dem bisher größten Terrorprozeß gegen 28 junge Patrioten in Westdeutschland verurteilte das Lüneburger faschistische Sondergericht in Celle am Sonnabend zehn der angeklagten Jugendlichen zu insgesamt 49 Monaten Gefängnis. Zwei andere Angeklagte erhielten je einen Monat Jugendarrest. Ein weiterer Friedenskämpfer wurde zu 50 D-Mark Geldstrafe verurteilt. Sieben der Angeklagten mußten jetzt freigesprochen werden, nachdem das Gericht schon während der Ver-

handlungen im Laufe der letzten Woche bei acht Jugendlichen wegen mangelnder Beweise zu Freisprüchen gekommen war.

Die 28 Jugendlichen waren der „Geheimbündelei, Staatsgefährdung und Zugehörigkeit zu einer verbotenen Organisation“ angeklagt, weil sie sich gegen die Zwangsrekrutierung für Adenauers Söldnerarmee eingesetzt hatten.

Im einzelnen wurden gegen die 13 Verurteilten folgende Strafen verhängt: Kurt Berger, 11 Monate

Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft; Lilo Duwe, 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft; Edgar Zastrow, 6 Monate Gefängnis; Alfred Tolle, 5 Monate Gefängnis; Georg Schmücker, 4 Monate Gefängnis; Richard Nußbeck, Arnold Zoch und Helmut Büsch je 3 Monate Gefängnis; Wolfgang Hannecker und Heinz Eggelsmann je 2 Monate Gefängnis; Werner Duwe und Mattias Berger je 4 Wochen Jugendarrest; Heinz Zoch 50 D-Mark Geldstrafe.

Tätigkeit darauf gerichtet ist, strafbare Handlungen zu begehen, als Mitglieder beteiligt oder sie sonst unterstützt zu haben“.

Vorwurf „Geheimbündelei“ und ...

Worin bestanden die »konkreten« Vorwürfe gegen die Celler Jugendlichen? Die FDJ-Kreisgruppe war in Celle schon im Jahr 1946 entstanden. Angesichts eines starken Zulaufs wurden bald Untergruppen gebildet mit den Namen »Morgenrot« (Wietzenbruch), »Neues Leben« (Altstadt/Blumlage) und »Vorwärts« (Neustadt). Nach dem Verbot wurde mit Hilfe von so genannten Instruktoren von außerhalb ein illegaler Neuaufbau angegangen (darunter - Originalzitat der Anklageschrift: „die sowjetzonale Instrukturistin Anna Scheffler aus Salzwedel - Deckname Annuschka“).

Es wurde – so behauptet die Anklageschrift – ab Frühjahr 1952 erneut eine „straffe Organisation“ geschaffen, wie vordem mit den bekannten Untergruppen, in denen die Jugendlichen jeweils in Zehnergruppen organisiert worden sein sollen.

Als stärkstes Indiz bewertete die Staatsanwaltschaft einen bei einer Hausdurchsuchung gefundenen „Arbeitsplan“ für November/Dezember 1952. So sollte das Buch »Die Krähe ist ein Frühlingsvogel« von Sergej Mstislawski besprochen werden, das die Vorgeschichte der russischen Revolution behandelt. Anlässlich des »Völkerkongresses für den Frieden« in Wien sollten so genannte „Heimabende“ veranstaltet werden. (Der Kongress mit über 2.000 Delegierten aus 85 Staaten galt der Bonner Regierung selbstverständlich als kommunistische Veranstaltung. In der Abschlussresolution wurde gefordert, „auf Gewaltanwendung als Mittel zur Regelung internationaler Konflikte zu verzichten.“) Schließlich sollte noch der 73. Geburtstag Josef Stalins am 21.12.1952 gefeiert werden.

Das alles fiel unter den Straftatbestand der »Geheimbündelei« (§ 128 StGB), der 1968 abgeschafft wurde: „Die Teilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannt Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird, ist an den Mitgliedern mit Gefängnis bis zu sechs Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre zu bestrafen.“

... staatsfeindliche Propaganda

Nerviger für die westdeutschen Behörden war aber, das die „politische Radikalisierung des Kreisverbandes Celle [...] sich dann auch in der Öffentlichkeit in zunehmendem Maße bemerkbar gemacht“ hatte. Hier einige Passagen aus der Anklageschrift:

„Die FDJ war in erster Linie die Trägerin der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die von 5.-19.8.1951 in Berlin stattgefunden haben. [...] Dieser Propaganda hat auch der Kreisverband Celle in erhebli-



chen Umfange Folge geleistet. Obwohl die Propaganda und Teilnahme an den III. Weltjugendfestspielen in Berlin durch die Niedersächsische Verordnung zur Abwehr von Angriffen auf die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik vom 6.6.1951 verboten war, haben sich zahlreiche Mitglieder des Kreisverbandes Celle illegal nach Berlin begeben [...] Am 28.7.1951 sind mit einem von dem der KPD angehörenden Händler Hugo S. aus Cello gemieteten Kraftwagen etwa 12 bis 15 Angehörige des Kreisverbandes Celle der illegalen FDJ [...] von Celle bis an die Zonengrenze in der Nähe von Radenbock (Kreis Gifhorn) gebracht und dort abgesetzt worden. Die Insassen des Lastwagens haben sich dann sofort durch den Wald über die Grenze in die Sowjetzone begeben. Gegen S. und andere ist damals ein Verfahren wegen Unterstützung der FDJ. eingeleitet worden, das jedoch wegen Mangel an Beweisen eingestellt worden ist.“

„Besonders umfangreich ist die Tätigkeit des Kreisverbandes Celle bei der Verteilung von Propagandamaterial gegen den Generalvertrag und den EVG-Vertrag sowie bei Mal- und Klebeaktionen gewesen. Immer wieder sind Kirchen, Verwaltungsgebäude, Privathäuser, Zäune, Mauern und Strassen mit den üblichen FDJ-Parolen beschmiert worden. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, seien nur folgende Aktionen hervorgehoben:

Schon in April 1950, als die Propaganda der FDJ für das Deutschlandtreffen 1950 in Berlin lief, sind von Polizeibeamten in Celle zahlreiche mit Kalkfarbe hergestellte Losungen »Auf nach Berlin« usw. an öffentlichen Gebäuden und Häusern sowie auf den Strassen Celles festgestellt worden. [...]

Am selben Tage ist der Arbeiter Willibald S. dabei be-

troffen worden, als er mit 2 weiteren unbekanntem Tätern an einem Haus des Maschplatzes FDJ-Plakate anklebte, die die Inschrift »Trotz alledem! Niemand kann verhindern, dass die Sonne aufgeht!« und das FDJ-Wappen trugen. Aufgrund dieses Sachverhalts ist S., der damals Angehöriger des Kreisverbandes Celle der illegalen FDJ war [...] mit 3 Wochen Gefängnis rechtskräftig bestraft worden.

Am 14.5.1952 hat der Polizeiwachtmeister Brummer den Angeschuldigten Richard N. dabei betroffen, als er in der Neustadt kurz vor der Bahnunterführung eine Mauer mit dem Wort »Generalstreik« beschmiert.

In derselben Nacht sind von nicht ermittelten Tätern zahlreiche Gebäude wie die Kirche in der Blumlage, die Schwärze-Fabrik, das Finanzamt, das Landgestüt usw. mit FDJ-Parolen beschriftet worden, die u.a. lauteten: »Nieder mit Adenauer und Krieg«, »Fort mit Adenauer und Krieg«, »Trotz Terror und Mord siegte die Jugend im Westen«, »Gegen Generalvertrag hilft Generalstreik«, »Generalstreik verhindert Generalkriegsvertrag«, »Trotz Terror und Mord Sieg der friedliebenden Jugend in Essen«. [...]

Am 28.6.1952 sind die Angeschuldigten Hellmuth Büsch und der besonders angeklagte FDJ-ler Georg Schmücker mit mehreren Aktentaschen voll Propagandamaterial festgestellt worden, das sie im Anschluss an eine SPD-Veranstaltung verteilen wollten. [...]

Mitte Dezember 1952 ist im Zuge der von der FDJ propagierten »Gräber- und Särgeaktion« [...] in den Schlossanlagen in Celle ein Holzkreuz aufgestellt worden, das einen Stahlhelm mit der Aufschrift »USA« trug und an dem eine Tafel mit der Inschrift »So endet die deutsche Jugend, wenn der Generalvertrag in Kraft tritt« befestigt war. Dazu sind an dem Kreuz eine Büchse und eine Taschenlampenbatterie angebracht worden, die den Anschein erweckten, als ob es sich um eine Höllenmaschine handele.“

Hintergrund - Der Generalvertrag

Der »Generalvertrag« mit den westlichen Siegermächten, gegen den KPD und FDJ sich so vehement aussprachen, sollte die Beendigung des Besatzungsstatus in Westdeutschland regeln und so die staatliche Souveränität wiederherstellen. Ein wichtiger Zweck dabei war die insbesondere von den USA eingeforderte Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Selbstverständlich war dies nicht im Interesse der Sowjetunion und der DDR-Führung. Dieser Weg, das war im übrigen allen Beteiligten klar, zielte auf die Westeinbindung der BRD und war ein weiterer Schritt zur (endgültigen) Teilung Deutschlands. In Westdeutschland gab es eine bedeutende Bewegung gegen die Wiederbewaffnung, die weit über das Spektrum von KPD/FDJ hinausging und zunächst große Teile der Gewerkschaften und der SPD umfasste.

Auch Frankreich stand dem Projekt ablehnend gegenüber und bestand darauf, das Inkrafttreten des am 26.

Mai 1952 zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik beschlossenen Generalvertrags an das Zustandekommen einer »Europäischen Verteidigungsgemeinschaft« (EVG) zu binden. Neben politischem Widerstand gab es in der BRD zum einen auch verfassungsrechtliche Bedenken, zum anderen versuchte die Adenauer-Regierung durch Nachverhandlungen die Souveränitätsrechte auszuweiten. Nachdem die EVG nicht zustandekam, wurde zur wichtigsten Voraussetzung für den Generalvertrag und die Aufstellung der Bundeswehr schließlich die NATO-Mitgliedschaft der BRD. Mit der Ratifizierung der so genannten »Pariser Verträge«, die auch die NATO-Mitgliedschaft Westdeutschlands beinhalteten, trat schließlich am 5. Mai 1955 auch der Generalvertrag in Kraft.

Der Tod von Phillip Müller

In den Parolen, die die FDJ in Celle an die Häuserwände malte, findet auch ein anderes Ereignis Erwähnung - der erste Tote auf einer westdeutschen Nachkriegsdemonstration.

Am 11. Mai 1952 reisten mehrere tausend Menschen im Rahmen der »Friedenskarawane der Jugend« aus dem gesamten Bundesgebiet nach Essen, um in der Stadt der Rüstungsindustrie gegen die geplante Unterzeichnung des Generalvertrags zu protestieren. In einem Aufruf



„Ehrenwache“ für Philipp Müller in Leipzig, 29.05.1952

heißt es: „Der Generalvertrag mit seinen Zusatzabkommen bedeutet Verzicht auf die Wiedervereinigung. Die Aufstellung westdeutscher Truppen wird die drohende Kriegsgefahr erhöhen, zumal der Vertrag den Einsatz dieser Truppen in allen Teilen der Welt vorsieht. Die Hoffnung der Jugend auf eine friedliche und glückliche Zukunft würde damit restlos zerstört. Sind wir gewillt, diesen Weg zu beschreiten? Nein!!!“

Die Demonstration war am Vortag „aus verkehrstechnischen Gründen“ verboten worden. Die ersten eintreffenden Busse wurden deshalb am Stadtrand festgehalten, die Insassen zum Aussteigen gezwungen und die Fahrzeuge beschlagnahmt. Die Jugendlichen versuchten daraufhin, zu Fuß zum Versammlungsort zu kommen. Neben der Gruga-Halle fanden sich neben Hunderten von Uniformierten auch Wasserwerfer, Berittene und Hundeführer. Mittags wurde den schließlich rund 15.000 versammelten Jugendlichen mitgeteilt, dass die Demonstration verboten sei und aufgelöst würde. In der Protest-Chronik von Wolfgang Kraushaar liest sich das Folgende so:

„Kurz darauf sprengt eine Abteilung Berittener in die Menge und beginnt sie auseinanderzutreiben. Aus mehreren Mannschaftswagen stürmen Uniformierte mit gezogenen Gummiknüppeln heraus und treiben die Jugendlichen vor sich her. Auch die Hunde werden nun auf die Flüchtenden losgelassen. Es kommt zu brutalen Prügelszenen. Ein Teil der auseinandergetriebenen Menge sammelt sich erneut in einer Seitenstraße und formiert sich dort zu einem Demonstrationzug. Die Wiederbewaffnungsgegner holen in Taschen und unter der Kleidung versteckte Fahnen und Transparente hervor, auf denen Parolen wie »Fort mit Adenauer!« und »Nieder mit dem Generalkriegsvertrag!« zu lesen sind. Gleichzeitig stimmen sie Kampflieder an. Nun greift die Polizei die Jugendlichen mit mehreren Hundertschaften frontal an. Wahllös wird auf sie eingepügelte; einzelne werden von Polizeihunden angefallen und gebissen. Den Flüchtenden wird erbarmungslos nachgesetzt. Als sie über ein Baugelände kommen, greifen sie nach Steinen, um sich der nachsetzenden Hunde zu erwehren. Plötzlich fallen Schüsse. Drei junge Männer sind von hinten niedergestreckt worden. Der Sozialdemokrat Bernhard Schwarze aus Münster und der Gewerkschaftler Albert Bretthauer aus Kassel liegen schwerverletzt am Boden, der 21jährige Münchner Eisenbahnarbeiter Philipp Müller, Mitglied der FDJ, ist tot. [...] Noch am Abend des blutigen Sonntags verbreiten Ministerien und Polizeidienststellen die Meldung, von Teilnehmern des verbotenen Demonstrationzuges sei auf die Polizei geschossen worden. - In den am darauffolgenden Tag erscheinenden Zeitungen wird deshalb fast ausnahmslos in völliger Verkehrung von Tätern und Opfern über das Geschehen berichtet.“

Der Vorwurf, die Demonstrant*innen hätten geschossen, erweist sich als unhaltbar.

„Terrorurteil“

Von einem „Terrorurteil“ sprach das »Neue Deutschland« nach der Urteilsverkündung - politische Justiz übelster Art ist es in jedem Fall. Die Staatsanwaltschaft hatte es in ihrer Anklageschrift auf 200 Seiten gebracht. Die Hälfte davon befasste sich allgemein mit der »Freien Deutschen Jugend« als „verfassungsfeindliche, auf Begehung von Straftaten abzielende Geheimorganisation“. So sieht man eine Entwicklungsgeschichte von einem normalen Jugendverband zum „politischen Stosstrupp und Arbeits- und Militärreserve des Kommunismus in Deutschland“.

Ist die Anklageschrift im allgemeinen Teil ein anti-kommunistisches Machwerk reinsten Wassers, so sind auf der anderen Seite die konkreten Ermittlungsergebnisse dürftig. Hätte nicht ein Angeklagter ein „volles Geständnis“ abgelegt und alle Mitangeklagten belastet, hätte die Staatsanwaltschaft so viel Material nicht gehabt. Der Geständige war verheiratet und hatte ein zweijähriges Kind; die Anklage vermerkt – übrigens nur bei ihm –, dass er sich nicht als „Rädelsführer“ qualifiziert habe.

Zentrales Ziel der »Beweisführung« musste sein, dass die Tätigkeiten als FDJ auch nach dem Verbot fortgeführt worden waren. Nun muss man sagen, dass die Jugendlichen nicht alle Lehren aus der Verfolgung der Kommunisten unter dem Nationalsozialismus gezogen hatten. So ist aus heutiger Sicht die fast fetischistisch anmutende Vergabe von Beitragsmarken nicht nachzuvollziehen. Ansonsten musste sich die Staatsanwaltschaft tatsächlich auf einige wenige Notizen zur Arbeit der FDJ stützen, die einzelne Angeklagte für sich gemacht hatten und die bei Hausdurchsuchungen entdeckt wurden. Und selbstverständlich hatte die Polizei bei verschiedenen Propagandaaktionen öfters Täter gefasst. In vielen Fällen konnte sich die Staatsanwaltschaft aber nur auf die Angaben ihres »Kronzeugen« stützen, der jeweils eine Mitgliedschaft nach dem Verbot der FDJ bezeugte.

So ergibt sich aus allem das Bild einer sehr aktivistischen Jugendorganisation, die insgesamt auch in der Illegalität an die 70 Mitglieder gehabt haben dürfte. Im Unterschied zu den Jugendbewegungen der vergangenen Jahrzehnte handelte es sich um eine rein proletarische Mitgliederstruktur. Neben einigen Angeklagten mit Handwerksberufen waren die meisten Arbeiter*innen, viele waren arbeitslos. Etliche sind gemeinsam mit Geschwistern oder Ehepartnern angeklagt gewesen.

Vor dem Hintergrund der konkreten Vorwürfe ist es absolut erstaunlich, dass gerade Kurt Berger mit 11 Monaten die höchste Strafe erhielt. Beweise für seine herausgehobene Stellung kann die Staatsanwaltschaft eigentlich nicht vorlegen. Vergleicht man seine Rolle mit der von Lilo Duwe oder Alfred Tolle lässt sich für letztere tatsächlich annehmen, dass sie innerhalb der Organisation eine treibende Rolle einnahmen – und sich zudem gegenüber der Staatsanwaltschaft absolut unkooperativ bis »aufsässig« verhielten.

Nachgeschichte

Der Leitende Oberstaatsanwalt war übrigens das NSDAP-Mitglied Dr. Erich Topf – bekannt geworden dadurch, dass er sich 1951 gegen die Eröffnung des Prozesses gegen den Nazi Ernst-Otto Remer gesperrt hatte. Er blieb bis zu seiner Pensionierung im Amt.

Kurt Berger saß seine Strafe in der JVA Wolfenbüttel ab (auf dem Foto rechts 2. von links im Kreise von Mitgefangenen). Die Nazis hatten dort mindestens 516 Menschen durch Fallbeil oder Erhängen hingerichtet. Ilse Berger besuchte dort ihren Mann, wie sie schon vorher in den 12 Jahren Nazi-Herrschaft ihre Brüder Heinrich und Paul Schang in den Gefängnissen des »Dritten Reiches« hatte besuchen müssen. 1961 ermittelte die Lüneburger Staatsanwaltschaft erneut gegen ihren Mann und ihren Bruder Paul, diesmal wegen Betätigung für die illegale KPD. Bei Kurt Berger wurden



die Ermittlungen eingestellt. Paul Schang wurde zu einer dreimonatigen Haftstrafe verurteilt. – Kurt Berger wurde nach Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ihr Celler Kreisvorsitzender.

Verboten – verfolgt – vergessen

Am Donnerstag, 14.11., zeigt die VVN/BdA in Kooperation mit dem Rosa-Luxemburg-Club im Kino 8 ½ den Film »Verboten – verfolgt – vergessen«, der die Unterdrückung Andersdenkender in der Adenauerzeit dokumentiert. Zur anschließenden Diskussion ist der Zeitzeuge Peter Dürrbeck aus Göttingen anwesend. Der Eintritt ist frei.

Bereits kurz nach Ende des 2. Weltkriegs begann der „Kalte Krieg“. Vor diesem Hintergrund plante die Regierung unter Bundeskanzler Adenauer schon 1950 den Aufbau einer westdeutschen Armee. Gegen dieses Vorhaben gab es in der Bevölkerung große Proteste. Die Regierung Adenauer reagierte schnell. Eine Volksbefragung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gegen die Wiederbewaffnung, an der bis dahin über 9 Millionen Menschen teilgenommen hatten, wurde 1951 verboten. Das Strafrecht wurde durch die „Blitzgesetze“ geändert. Alle Bürgerinnen und Bürger, die gegen die Wiederbewaffnung oder z. B. für die Wiedervereinigung waren, konnten nun als Staatsfeinde verfolgt werden. Die FDJ - die Freie Deutsche Jugend -, die KPD und andere oppositionelle Organisationen wurden verboten.



In der Zeit von 1951 - 1968 wurden durch die Strafverfolgungsbehörden etwa 200.000 Ermittlungsverfahren gegen ihre Mitglieder durchgeführt. Etwa 10.000 Betroffene wurden zu teils langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Oftmals wurde ihre Existenz zerstört. Über dieses Kapitel deutscher Geschichte wurde bislang weitgehend der Mantel des Schweigens ausgebreitet.

Der 42-minütige Film von Daniel Buchholz aus dem Jahr 2012 erzählt die Geschichte von Menschen, die dieser Verfolgung ausgesetzt waren.

Rundgang zu Celle im NS

Zur Erinnerung an die Pogromnacht 1938 bieten Reinhard Rohde und Tim Wegener am Samstag, den 9. November wieder ihren zeitgeschichtlichen Rundgang zur Geschichte Celles im Nationalsozialismus an.

Der Rundgang führt an Orte, die für Opfer, Täter und Zuschauer in der Zeit des Nationalsozialismus von Bedeutung waren. Er beginnt um 14.30 Uhr in der Synagoge, führt dann durch die Altstadt und endet nach etwa zwei Stunden am Mahnmal in den Triftanlagen. Der Rundgang ist kostenlos.

„Hört mal her, ihr Zeitgenossen“

Einen eher unscheinbaren Rekord dürfte Fritz Grasshoff in Celle halten. Nur knapp acht Monate nach seinem Tod am 9. Februar 1997 ehrte ihn der Rat mit einem Straßennamen. Dass es nur eine Gasse ist, die keine Anwohner*innen hat, passt schon: Denn der bekannteste Grasshoff ist jener der Gassenhauer. Nun schlängelt sich die Gasse ums Kunstmuseum herum, was einerseits passt: denn Grasshoffs eigentliche Passion war wohl die Malerei – andererseits einer gewissen Ironie nicht entbehrt: denn der Hausherr dürfte beim Namen Grasshoff eher die Nase rümpfen. Aber auch das passt wieder: denn als Maler fühlte sich Grasshoff eher verkannt. (Die Ausstellung zum 100. Geburtstag am 14.12. macht dann übrigens auch das Bomann-Museum.)



Die Straßennamensehrung beförderte vor einigen Jahren etwas ans Licht, dass der Malerpoet selbst in der Dunkelkammer seiner Biografie hatte verschwinden lassen: Die Mitgliedsnummer 6.038.064. Ja, Grasshoff war Pg. – in einem Nachruf schrieb Oskar Ansell noch, Grasshoffs Versuch, Lehrer zu werden, sei gescheitert, „da er sich 1935 weigerte, der Partei beizutreten“. 1935 musste man sich gar nicht weigern; die Mitgliedersperre der NSDAP wurde erst am 20. April 1937 gelockert – und am 1. Mai des Jahres gehörte Grasshoff dann dazu.

Mölze

Immerhin erweisen sich bekanntlich einige Exemplare unserer Gattung gelegentlich als lernfähig. Und eins ist bei Grasshoff nach sechs Jahren Wehrmacht unumstößlicher Bestandteil seiner Gesinnung: Er hasst das Militär wie die Pest. Damit war er auch ein Gegner der Wiederbewaffnung wie auch des postfaschistischen Miefs der 1950er und 1960er Jahre. Und daraus speist sich dann offensichtlich auch sein eher ambivalentes Verhältnis zu Celle, in dem er zwischen 1946 und 1967 lebte. In einem Briefwechsel mit Oskar Ansell und RWLE Möller kommt dies schön zum Vorschein. Die beiden wollten ihn in ihre cellomansische Hassliebe binden; er antwortete am 6. Mai 1989 aus Kanada so – und brachte dabei den Namen »Mölze« ins Spiel, mit

dem er Celle in seinem Roman »Der blaue Heinrich« beehrte:

„In »Mölze« haben wir (u.a.) einen gemeinsamen Knochen, an dem zu kauen ich einst das Vergnügen hatte. Sie aber haben weiter daran zu kauen, solange sie dort hausen. Doch seien Sie sicher: es gibt überall Knochen, daran zu nagen. Auch hier – wenn man will. Ich allerdings pfeife mehr auf dergl beinerne Röhren, als dass ich daran nage. (Denn



meine Situation u. mein Gebiß haben sich geändert. So betrachte ich eo ipso die Cellensia wie Kuriositäten etwa eines mexikanischen Naturkunde-Museums, die mir – zumal aus der Ferne – fast niedlich erscheinen und absolut geruchlos sind. Sie aber stehen beide in diesem penetranten Gelände u. müssen sich wohl oder übel durchbeißen. Nur bedenken Sie: »Mölze« ist auf Sumpf gebaut, und Sie haben es dort allermeist mit einer Art Schildkröten zu tun, stahlhart gepanzerten.“

Was hielt den Mann dann aber eigentlich so lange in der Stadt? In erster Linie wohl ein „Fräulein Freudenberg“, jene „Roswitha“, der er den »Blauen Heinrich« widmete – und die ihm lebenslang das war, was man Muse nennt.

Mauve

Als Grasshoff für das Mai-Heft des »Merian« (»Die Lüneburger Heide«) 1966 gebeten wird, auf die Frage zu antworten: „Warum ich in Celle wohne“, gibt sie, „die Schwarze“, wie er sie nennt, ihm in dem kleinen Text den entscheidenden Hinweis. Denn: „Sie ist eine waschechte Cellenserin, obwohl Polen, Juden und Kreter sie für sich beschlagnahmen.“ Und sie bringt ihn auf das, was sich für ihn mit Celle verbindet: Mauve.

„Mauve ist in Paris erfunden und deshalb etwas ganz Feines. Mauve entsteht durch Brechung des Abendlichtes an den Schmutzpartikeln der Dunstglocke über der Seine-Metropole. Es ist eine Farbe, ein Timbre, eine Nuance, ein Schenezäkua, wehes Raunen verewigter Mätressen vor der verschlossenen Himmelspforte, es riecht nach Haschisch und Diesel, schmeckt ein bißchen bitter wie Schultinte und Angostura, erzeugt zuweilen eine wabernde Angst am Zwerchfell und erinnert, je tiefer die Sonne sinkt, an die schwarzlila gefrorenen Füße des heiligen Franz, da er den Hochöfen predigt. Mauve ist mauve, und mauve heißt Malve. Und dieses kostbare Mauve ist in Celle zu haben, in der Zeit der



frühen Dämmerungen, ab Oktober. Am schönsten, am reinsten, am tiefsten über der Bahnhofstraße. Wie oft habe ich Celler Mauve gemalt! Abstrakt versteht sich. Nonfigurativ. Ach! Wenn die Lampen grün aufflammen wie Aperitifs aus Phosphor und Kleinstadtsünde. Wenn Dämmerung plus Hausbranddunst und Auspuffgase um Strauch und Baum der Trift weben, sich der Abendstern

dazugesellt und gar die alte Zuchthausglocke pingelt, dann ist das eine Wolke, dann ist das einfach marecagé sur chaussette oder Angélique á la framboise mit Bauchdekolléte bußfertig auf der Treppe der Madeleine. Ich kann Celler Mauve nicht mehr entbehren. – So weit über »das« Mauve. Es gibt aber außerdem noch »den« Mauve. Der Mauve ist ein Original Pariser Petticoat der Schwarzen, meiner Gattin (Verlobungsgeschenk eines Vorgängers), und ihn hat sie natürlich in erster Linie gemeint. Besagtes Kleidungsstück (als pars pro toto) hatte mich vor Jahren veranlaßt, Celle nicht den Rücken zu kehren, als die Schwarze noch Fräulein Freudenberg war und ich schon abzdampfen gedachte, um in Frankfurt den Posten eines Raststätten-Syndikus anzunehmen oder jenseits des Rheines Mist zu karren, wenn ich als Pflastermaler versagt hätte.“ (Ein Jahr später verließ Grasshoff übrigens Celle und siedelte um nach Zwingerberg an der Weinstraße.)

Miesemase

Dieses kleine Stück »Merian«-Prosa atmet schon den Geist von Grasshoffs einzigem Roman, dem »Blauen Heinrich«, der im Jahr 1980 veröffentlicht wurde. Im Genre des Schelmenromans erleben die Leser*innen die Kriegs- und Nachkriegsodyssee von Grasshoffs alter ego, dem Malerpoeten Heinrich Blau – und als das schon genannte »Mölze« ist Celle der geografische Ankerpunkt der Nachkriegsgeschichten. Die euphorische Besprechung seines Freundes Georg Eyring in der »Zeit« hebt das literarisch Auf- und Anregende des Romans zwar treffend hervor, aber der erhoffte Erfolg war dem Werk nicht beschieden. Das ist nicht wirklich verwunderlich, denn das Buch liefert eine Sicht auf Krieg und Nachkriegszeit, die zwar klar zwischen oben und unten zu unterscheiden weiß, aber sich als zu sperrig erweist gegenüber ethischen Fragestellungen. Dass erst das Fressen kam und dann die Moral, war nichts, mit dem sich das Feuilleton und auch nicht die Leser*innen anzufreunden vermochten. Hier eine Passage, die dies vielleicht illustriert:

„Auch Wladi Kleingeld, mein Freund und Gönner, die Nummer zwei der örtlichen KP, der sozusagen den noch schwächsten kapitalistischen Furz im Dunkeln

ortete, bemerkte nichts, obwohl er jede Woche zweimal mittendrin saß in der fetten Wolke, dann nämlich, wenn er meiner Wenigkeit das dialektische Denken unterwuchtete, wir DAS MANIFEST durchnahmen, und er mir die Thesen Marxens kommentierte. Es war für Kleingeld beschlossene Sache: Er würde, da er alle Voraussetzungen gegeben sah, aus mir den ersten proletarischen Maler des Landes machen. Dafür aber, daß er mich kostenlos den ROTEN GLAUBEN lehrte, sowie für die Verheißung, bei Übernahme der politischen Geschäfte durch das Proletariat in Mölze gesellschaftlich aufzurücken - versteht sich: in der neuen Gesellschaft -, stellte ich ihm und seiner Ische, einer Schauspielerin vom Parktheater, meine Bude achtmal im Monat für die Dauer von zwei Stunden ebenso kostenlos zur Verfügung. Währenddessen trieb ich mich im Güterbahnhofgelände herum, vor der Wellblechbude des RIVERSIDE-CLUBS nach Kippen spähend, oder unternahm kleine Ausflüge in den Brigsener Wald, wo ich Pilze sammelte oder Bucheckern oder Verse ersann, völlig unpolitische, noch ohne jeden Klassenkampfgedanken, die später, allesamt vertont von Ari Slimka, durch Ulla Madison im NWDR gerade darum weite Verbreitung und ungeahnten Anklang fanden.

Die Mädchen von Manhattan,
die liegen in den Betten
und rauchen Zigaretten
und warten auf die große Show ...

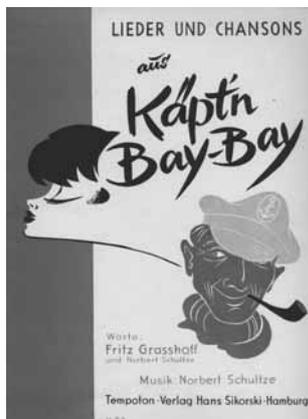
Sowas und Ähnliches. Will nur sagen: Manchmal findet der Scherenschleifer auf Nebengleisen oder Holzwegen dickere Brocken als auf der Hauptstrecke. Jedenfalls konnte ich mir davon ein paar Meter Wurst kaufen und endlich eine neue Hose.

Kulturschuster wiegte allerdings bedenklich die Bombe: »Meister, Sie schicken Ihre Muse auf den Strich«. Dr. Viehaak, der gefeierte Stadtdichter und Herausgeber der Gral-Hefte, nahm die Produkte zum Anlaß einer tiefeschürfenden Abhandlung über DAS TRIVIALE IN DER LYRIK. Dr. Klemmhage meinte, das sei meiner nicht würdig, und Wladi Kleingeld nannte es ganz einfach kapitalistische Kulturkotze. Ich versprach ihm denn auch, in mich zu gehen und lieber zu hungern, als mit Unkunst weiterhin dem Kapital in die Tentakel zu arbeiten.“

Möwen, kleine weiße

Bekannt gemacht hat Grasshoff seine »Halunkenpostille«, die – erstmals 1947 erschienen – Balladen und Moritaten versammelt, die – wie Georg Eyring schreibt – sich in der „Tradition antiker Satiriker, mittelalterlicher Vaganten, barocker Schäferdichter der derben Sorte bis hin zum jungen Brecht, zu Klabund, Tucholsky, Ringelnatz und Mehring“ bewegen. Das Personal dieser Gedichte sind die Lumpen, Schnorrer, Penner, Kesselflicker und Diebe. Das ist der seit den 1950er Jahren bekannte Grasshoff, der hier und da auch einmal Ein-

gang in Schulbücher gefunden hat. Der eher unbekanntere Grasshoff ist der dann kommerziell noch erfolgreichere: nämlich der Schlagertexter. Hier knüpft er an die Hafentexte und Spelunkensongs an, die sich auch in seinen Gedichtbänden finden, aber heruntergebrochen auf die Schnulze, wie er sie selbst genannt hat („Ohne Schulden wäre ich längst eines seligen Todes für die Kunst gestorben“). Sein heute noch bekanntester Song ist sicherlich „Nimm mich mit, Kapitän, auf die Reise“, den angefangen von Hans Albers viele Sänger*innen der 1960er und 1970er Jahre im Programm hatten – und selbstverständlich jeder Shanty-Chor. Auf der Bekanntheitskala folgen „Heimweh nach St. Pauli“, das zum Repertoire von Freddy Quinn gehörte, und die „Kleine weiße Möwe“, aufgenommen u.a. auch von Lala Andersen und Lolita. In den 1960ern erwärmten sich auch eine Reihe Schauspieler*innen für Grasshoffs Balladen. Davon zeugen LPs wie „Seeräuber-Report“ oder „Damen dürfen erröten“, wo seine Texte vorgetragen werden u.a. von Gustav Knuth, Wolfgang Neuss, Rene Deltgen, Günter Pfitzmann, Ralf Bendix, Ingrid van Bergen, Hans Messemer und Heinz Reinke (das »Who is Who« der 1960er).



Weniger bekannt dürfte sein, dass sich dann auch die Liedermachergeneration der späten 1960er, frühen 1970er für Grasshoff begeistern konnten. An erster Stelle steht hier das Duo »Schobert & Black«. Schon auf ihrer ersten LP »Lästersongs und moralische Lieder« (1967) arbeiteten sie mit Grasshoff-Texten. Die zweite LP »Deutschland oder was beißt mich da« (1968) bestand komplett aus Grasshoffs Balladen, der auch das Covermotiv beisteuerte. Hier zwei Strophen aus »Neudeutsches Marschlied für Antimarschierer«, die deutlich machen, warum Teile der neuen Liedermacher etwas mit Grasshoffs Texten anfangen konnten:

Der Haifisch schwimmt im grünen Sud
Und braucht nicht zu Marine
Glaubt nicht an Kreuz und Kirchengut
Und legt auch keine Mine
Er glaubt an seine Zähne
Und frisst sogar Kapläne

Der Kuckuck wohnt im grünen Forst
In Sachsen wie in Bayern
Er braucht auf keinen Fliegerhorst
Auch schmeißt er nicht mit Eiern
Doch lässt er kleine Ballen
Auf beide Deutschlands fallen

Auch an den 1966 erschienenen Übersetzungen der Balladen des schwedischen Nationaldichters Carl Mi-

chael Bellman durch Grasshoff ins Deutsche bediente sich die Liedermachergeneration, zuletzt im Jahr 1996 Dieter Süverkrüp auf der CD »Süverkrüp singt Grasshoffs Bellmann«. Zusammen mit Lothar Lechleiter (d.i. »Black«) und Pit Klein brachte Süverkrüp 1997 noch eine Hommage an den Dichter heraus, die CD »Hört mal her, ihr Zeitgenossen«, auf der auch Grasshoff mit O-Tönen zu hören ist.

Malerei = keine TIEFE vortäuschen

Die eigentliche Leidenschaft Grasshoffs war aber die Malerei. RWLE Möller hat sein Werk anlässlich einer Ausstellung 1989 in Celle so eingeordnet: „Der Maler ist keinem »Ismus« zuzuordnen. Zu spüren sind aber Einflüsse und/oder Parallelentwicklungen von und zu Klee, Hofer, Pechstein, Kokoschka.“ Der Künstler selbst schrieb aus Hudson/Kanada, wohin er 1983 ausgewandert war, im Jahr 1985 an Oskar Ansell zu seiner Sicht auf Malerei:

„Der Hudson ist von Hudson so weit entfernt wie etwa Grönland von Langlingen. Suchen Sie mich eher in der Nähe New Yorks, denn das liegt nur 500 km südlicher. Daher: im Raum Montreal scheint die Sonne so hell und warm wie etwa in Milano (gleicher Breitengrad). Es ist nur die offene Meereseite, die den Unterschied zu Italien ausmacht. (Hier gibt's Kolibris u. schwalbengroße Schmetterlinge!) Die Winter allerdings sind »russisch«, mir aber noch lieber als das Sabberwetter in Germany. (Obwohl sich auch hier schon der Green-



house-Effekt bemerkbar macht: U.S.-Industrie!) Daß ich mich tagtäglich mit Wucht auf die Farben stürze wie nie zuvor, scheint mir last not least am Licht zu liegen u. seiner befruchtenden Einstrahlung (Binsenwahrheit) SONNE! [...]

Wie ich's mache? Ich reduziere bis zur »Moritat«. [...] im GEMÄLDE sieht das so aus: Dargestellt wird auf Fläche. Will keine TIEFE vortäuschen, als: ohne Perspektive. Setze die Dinge scheibenartig zu=, neben= u. hintereinander auf das NOCHNICHT u. NICHTMEHR eines schwarzen Grundes. So gewinne ich ZEIT. Jedenfalls kommt's mir so vor. Was ich in Germany bisher gemalt habe – auch geschrieben, größtenteils – war Vorübung. Jetzt erst wird mir klar, wer ich bin, wo ich stehe und hingehöre. (Siehe Henry Miller in Big Sur im »Elfenbein=Monolog«). Ich habe Abstand genommen von meinen ererbten Friedhöfen u. beginne recht eigentlich zu leben. [...] Sei's drum.



Die Farbe lädt ein, die Bilder locken, das Brot schmeckt (da selbst gebacken von Frau Gr.). Die SONNE scheint (!!!)“

Butzbacher Autoren-Interviews

Es röten sich die Dichter, wenn die Zeiten sich röten

Als uns Pfingsten 1971 von Fritz Graßhoff aus Zwingenberg an der Bergstraße ein langer Brief erreichte, der auch die Einladung enthielt, ihn einmal zu besuchen — »Die Einladung ist echt und nicht spanisch«, hieß es da — wußten wir, daß uns ein besonderes Ereignis bevorstand. Wir hatten schon mit viel Vergnügen in seinen Büchern gelesen.

Fritz Graßhoff's Brief enthielt nicht nur Auskünfte auf unsere Fragen nach dem Engagement des Dichters, sondern auch eine ganze Reihe Bemerkungen, die uns ihrer Direktheit und Offenheit wegen sehr sympathisch waren. »Die Decke der Freiheit ist überall zu kurz« — so etwas prägt sich ein. »Man muß sich scheinbar sein Recht erwürgen«, heißt es da in Anspielung auf Goethes Wort, wonach man sich seine Freiheit täglich neu erobern müsse.

Anfang Juni 1972 ist es dann soweit. Zu viert fahren wir mit großen Erwartungen an einem schönen Tage in den

Odenwald. Die Gartenpforte vor dem Graßhoffschen Haus mit der Nummer 14, am Fuße des Melibocus, kennen wir von einem Foto in den »Motiven«, einem Sammelband mit Selbstdarstellungen deutscher Autoren, der auch einen Beitrag von Fritz Graßhoff enthält. Auf unser Läuten kommt er selbst — wir erkennen ihn gleich — und führt uns am Haus entlang durch den Garten bis zur Terrasse, wo uns seine Frau — die »Schwarze« aus den Gedichten — und sein Sohn, geplagter Abiturient zur Zeit, erwarten.

Wegen der Wärme draußen führt uns der Dichter ins Parterrezimmer — Bücher, Bilder, ein Klavier, im Durchgang zu einem anderen Zimmer eine alte französische Drehorgel, Tonband, Schallplatten (eigene im doppelten Sinne).

Ehe ich das Tonband noch aufgebaut habe, ist das Gespräch schon im Gange. Während Frau Graßhoff uns selbstgepreßten Obstsaft vorsetzt, erfahren wir, daß die

vielen Bilder an den Wänden ausnahmslos von Fritz Graßhoff selbst stammen — Collagen, Bilder in einer eigenartigen Kratztechnik, Gegenständliches, Abstraktes, kleine Formate, große Flächen, kräftige Farben. Und dann unsere Fragen . . .

Er mag das Mikrophon nicht, den damit gekoppelten Seismographen aller Nuancen eines Gespräches. Seine Frau kommt ihm zu Hilfe, das Gerät hat Pause. Gleich belebt sich das Gespräch, wird leidenschaftlich, gestattet ein Luftholen vom Verewigtwerden auf Band.

»Darf ich zum Kaffee bitten!« Das sagt Frau Graßhoff in unser Gespräch hinein. Wir gehen in den Garten, einen schönen Garten, nichts Gestutztes, keine Wege — ein riesiger Nußbaum, dicht neben dem Tisch ein Gingko-baum mit einem bereits voll entfaltenen Blatt. Der Sohn erzählt vom Abitur, von der Schule, wir schimpfen gemeinsam auf ihre allzu vielen Unzulänglichkeiten und essen dabei Erdbeertorte und Rosinenkuchen —, da zieht ein Gewitter auf. Wir kehren ins Haus zurück, und die Graßhoffs führen uns durch ihr Haus — »alles selbst erschrieben, nichts ererbt« — Bilder, Bilder, Bilder, Spielzeug aus Japan, eine Taube aus feinem dünnen Holz, aus Schweden stammend. Ein altes Grammophon mit riesigem Trichter — »His Master's Voice«, Louis Armstrong auf Schellack, eine schöne Spieluhr — Tingeltangelöne, das Arbeitszimmer — ein großer Tisch, Töpfe, Pinsel, Rasierklingen; an der Wand viele von ihm gemalte Vignetten und Reliefbildchen aus zinnernen Weinflaschenverschlüssen. Draußen ist es längst finster geworden. Es gießt in Strömen. Wir gehen hinunter, Fritz Graßhoff liest. . .

... Es ist nur eine Frage der Zeit, wann auch die
Badewanne
um das Loch herum
verschwunden ist. ...

... Nach und nach verstopft die Zeit
die Arterien der Uhren,
bis sie stehenbleiben,
und das Ziffernblatt vergißt
nach und nach die Zeiger ...

Dann legt Fritz Graßhoff eine Schallplatte auf. Hans Albers singt . . . »Nimm mich mit, Kapitän, auf die Reise . . .« »Auch von mir«, sagt er. 22 Uhr. Jeder erhält eine Graphik. Fritz Graßhoff hat früher hauptsächlich gemalt; erste Ausstellung in der Kestner-Gesellschaft, Hannover. Seine Bücher illustriert er selbst. Und dann signiert er noch, schreibt in die »Klassische Halunkenpostille«:

Sieben Löcher hat die Atabüchse —
wer aber weiß das schon, Herr Müller?

Dann verabschiedet er uns »mit halunkischen Grüßen«.

Das Interview fand am 5.6.1972 in Fritz Graßhoffs Haus in Zwingenberg an der Bergstraße statt.

Die Interviewer waren: Gudrun Richter, Monika Rothhardt, Hans-Otto Wanke; H.-]. M.

ARBEITSGEMEINSCHAFT:

Wissen Sie, wer Ihre Bücher kauft, Ältere oder Jüngere, einfache Leute, Gebildete?

GRASSHOFF:

Älteste nicht, Jüngste auch nicht, aber Jüngere. Und sogenannte gebildete Leute. Als ich mal in Hamburg auf dem Börsenplatz las, da hatte sich fast die ganze medizinische Fakultät mitsamt Professoren eingefunden.

Als ich in einer Bar las, hatte ich wieder ein ganz anderes Publikum, Leute, die mehr aus der Wirtschaft kamen. Waren auch hübsch bei der Sache.

Eine gewisse Portion Bildung ist schon notwendig. Bildung, das heißt ja: unterscheiden können.

ARBEITSGEMEINSCHAFT:

Sie sprechen in Ihrer Selbstdarstellung (»Motive«) vom Kunst- und Literaturbetrieb, davon, daß man sich heute wissenschaftlich betue. Woran, an wen denken Sie konkret?

GRASSHOFF:

Ich werde mich hüten, Namen zu nennen, sonst spucken mir die auf den Kopf! Da gibt es Leute, die singen eifrig Leitartikel, die machen 'ne Art Politologie. Das kann man machen, sicher. Mir paßt diese Richtung nicht, diese Dichterei im Schaufenster. Ein bißchen noch mit der Muse habe ich schon zu tun.

ARBEITSGEMEINSCHAFT:

Sie zitieren Alan Davie, der vom Künstler sagt, daß er an Intuition glaube und Intuition »Wissen ohne Wissenschaft« sei, und betonen, daß Ihnen dieser Schuh passe. Kommt darin nicht ein gewisser antiintellektueller Akzent zum Ausdruck; rührt vielleicht von daher Ihre Vorliebe für solche literarischen Formen, die weitgehend der Muse allein verpflichtet sind?

GRASSHOFF:

Schon richtig, aber Sie werden bei mir auch Sachen finden, die sich mit den Erfahrungen der Wissenschaft auseinandersetzen. Grundprinzip allerdings und Ausgangspunkt bleibt der Impetus, die eigene Erfahrung — nun gut: der Musenkuß.

ARBEITSGEMEINSCHAFT:

Was halten Sie von der konkreten Poesie?

GRASSHOFF:

Wieder so ein Wort, ein Etikett, schlaues Schlagwort. »Indirekte Aufzeichnung einer Innenerfahrung«, nicht wahr, Spontan-Sinnbildhaftes, wenn ich nicht irre. Schön. Sollen die alle machen, sich umstülpen meinetwegen und es sonstwie benennen, wenn was Brauchbares herauskommt — gut! Bei mir geht so etwas etwa so:

Breche brach gebrochen
Gebrochen die Rose
das Herz
die Deichsel
Auge Ehe Wort
des Winters Regiment

Bruch und Brüche
Dezimalbruch
Steinbruch Steinbrech Hodenbruch
Bruchsal Bruchband
usw.
die Netzebrüche

Angebrochen
der Tag der Freiheit
die Tafel Schokolade
die Stunde der Vergeltung
die letzte Büchse Stülze
der Steiß die Maienzeit

Aufgebrochen
die Himalaja-Expedition
die eiserne Pforte
die Auster
die alte Wunde
die Kakteenblüte

Ausgebrochen
die Cholera
Macky Messer Casanova
der Raubmörder Schinzel
den Opfern die goldenen Zähne
das schöne Abendbrot
der Stromboli

Abgebrochen
die Nase der Aurora (in der Fürstengruft)
die diplomatische Beziehung zu Kambodscha
die Korrespondenz
mit Frau von Stein
mein Geburtshaus (Quedlinburg
Augustinern 88)
das Glied des Herakles
auf dem Transport nach Rom

Miezes Absatz
die Zelte der Komantschen
abgebrochen
die Mine meines Stiftes
abgebrochen
dies Gedicht

ARBEITSGEMEINSCHAFT:

Heinz Piontek hat Sie in seiner Kritik Ihres »Lieder- und Lästerbuches« zu den »Parterreakrobaten unter den lyrischen Artisten« gerechnet. Da sind wir bei der Einschätzung Ihres Schaffens. Wie fassen Sie diese Klassifizierung auf?

GRASSHOFF:

Das ist eine Anmaßung. Vermutlich ist er Hochseilakrobat. Man sollte manchen Kritikern eine Kritik ihrer Kritik schreiben, damit die Zeilenschinder auch gelegentlich eins draufkriegen.

ARBEITSGEMEINSCHAFT:

»Ich schreibe, weil es vor mir keinen (solchen) >Graßhoff< gegeben hat und nach mir keinen (solchen) geben wird.« Würden Sie uns bitte diesen Ausspruch näher erläutern und eine Abgrenzung — etwa gegen Bellman, Villon, Günther, Tucholsky, Kunert, Morlock, Sigel, Degenhardt oder Biermann — versuchen.

GRASSHOFF:

Ich freue mich des Lebens, des Sehens, Hörens, manchmal des Schreibens und Malens, ich sehe mich um und finde verwandte Geister, bei denen ich lernen kann. Ich weiß, daß ich ein Unverwechselbarer bin, und das freut mich. Ich koche — sozusagen — für mich und meine Gäste und nicht für Köche — Compris? Über die schreibenden Zeitgenossen will ich nichts sagen.

ARBEITSGEMEINSCHAFT:

Piontek hat Sie einen »Meister des Obszönen« genannt. Ihre beiden Halunkenpostillen haben uns in dieser Beziehung amüsiert; enthält das »Lästerbuch« stärkeren Tobak? Obszön? Würden Sie selbst manche Ihrer Verse obszön nennen?

GRASSHOFF:

Wenn das alles ist, was P. entdeckte — nu, schön! — Sehe ich die vielen Schamhaften, die mich für obszön halten, sich schamlos an Mensch und Natur vergehen, will ich gern Meister des Obszönen genannt sein. Natürlich mache ich »schamlose« Verse, die kratzen. Die Dickfelligen brauchen einen harten Stachel. Wenn ihr aber obszön mit gemein oder schmutzig übersetzt — dann bin ichs nicht. Vielleicht habe ich ein Fenster in dieser Tabu-Düsternis etwas früher aufgemacht als andere.

ARBEITSGEMEINSCHAFT:

Ihre sprachlichen Mittel, der Wortschatz zum Beispiel, sind nahezu unerschöpflich. Wie machen Sie das?

GRASSHOFF:

Ganz einfach: ich sehe den Leuten aufs Maul; und außerdem: es war schon immer ein alter Spaß von mir, in Wörterbüchern herumzuschmökern. Ich lese sie wie Romane. Und dann bin ich ja in Quedlinburg geboren, wo das Rotwelsch wahrscheinlich noch immer beheimatet ist. Das hab ich zum Beispiel im Laile-Lied verwendet. Um das verstehen zu können, muß ich euch einige Wörter erklären.

Laile heißt Nacht. Knabberkunde ist ein Einbrecher alten Stils, Kalle ist eine Geliebte, eine Bettgenossin. Ein Tagmalocher ist ein Tagarbeiter, ein Latjer ein Rumtreiber. Socher ist jiddisch und bedeutet (Zucht) Bulle, männliches Tier.

Also: Laile Lied
Kummt die Laile,
kummt die Laile,
hat der Knabberkunde Eile,
muß er hieven sich, der Socher,
für den ersten Tagmalocher.
Aijaijai!

Doch de Kalle,
doch de Kalle
bleibt dieselbe samt der Falle.
Spürtse bloß, weil se stabil is
jennen ändern, weil er kiehl is.
Joiojeh!

Auf de Seite,
auf de Seite
rutscht der erste, kummt der zweite
mit dem Zwirn und mit der Finde,
und er rickt ihr an die Rinde.
Aijaijai!

Kummt der dritte,
kummt der dritte,
nimmt de Kalle ihn auf Mitte,
machtse nich Rabatz nich Späne,
bloß de Koje krimmt de Beene.
Joioje!

Mittlerweile,
mittlerweile
wird es Ebbe mit de Laile,
kummt der Knabber angekrochen,
und de Latjer gehn malochen.
Aijaijai!

Bloß de Kalle,
bloß de Kalle
bleibt dieselbe samt der Falle
und pennt wieder mit dem ersten.
Die malocht bestimmt am schwersten.
Joioje!

ARBEITSGEMEINSCHAFT:

In Ihrer Selbstdarstellung sprechen Sie von Ihrer Empörung, deren Folgen und davon, daß diese Empörung nun kichere, grinse, spöttisch bis zynisch lache. - Spott, Satire ist eine Haltung, eine literarische Form, die besonders da vorherrschte, wo direkte Kritik unmöglich war. Heute nun leben wir in einem Zeitalter der Kritik. Dennoch gedeiht die Satire. Könnte es sich dabei um eine verschleierte Form von Resignation handeln? Da sind wir bei der Frage nach dem Engagement. Sie sagen zum Beispiel, daß Sie schreiben, um die Mächtigen zu entmachten. Besteht nicht die Gefahr, daß gerade diese sich an Ihren Versen delectieren?

GRASSHOFF:

Natürlich, das tun die immer. Die Kabarettisten haben das ja längst erkannt. Da wird das ganze Pulver

verschossen, das sich zu einer schönen Revolution hätte ansammeln können.

Engagement. Ja, was heißt das für einen Dichter? Der Dichter engagiert sich für das Wort. Das ist seine Aufgabe. Es gibt natürlich Dichter, die auf die Tribüne steigen. Davon halte ich für mich nichts. Engagiert insoweit, als ich etwas klar mache, was andere nicht so klar sehen, mit meinen Mitteln, mit den Mitteln des Wortes, des Humors, der Formen, der Linie.

Es röten sich die Dichter, wenn die Zeiten sich röten, nicht umgekehrt. Ich glaube nicht, daß ein Dichter überhaupt in der Lage ist, für fünf Pfennig die Welt zu verändern. Übrigens, was Sie da zitieren, ist ironisch gemeint. Das Zitat geht ja so weiter: »... die Laus zu adeln, den Papst zu bannen, den Haifisch umzufunktionieren ...« Kleine Schritte, ja, klar! Wer Revolution machen will, muß blutig sein.

ARBEITSGEMEINSCHAFT:

In dem Gedicht »Mir, an den Spiegel zu stecken« ermuntern Sie sich selbst, sozusagen Ihre Pflicht zu tun, d. h. es dem Gesindel zu stecken. Wie hat in Ihrem Falle das Gesindel reagiert?

GRASSHOFF:

Gar nicht. Man lacht, findet es hübsch, reagiert aber nicht. Ich habe keine bösen Briefe bekommen, keine Drohungen. Die reagieren erst, wenn ihnen eine Bombe vors Haus gelegt wird. Vom Wort ist nichts zu befürchten. Das nehmen die hin, die fressen alles.

Quelle: Butzbacher Autoren-Interviews, hg. von Hans-Joachim Müller. Darmstadt 1976.

Die Ausstellung »Fritz Grasshoff zum einhundertsten Geburtstag« läuft vom 8.12.2013 bis 6.4.2014



Von einem Lastwagen herunter hielt Grasshoff in den 1960ern in Hamburg gereimte Volksreden.



Kino 8 1/2 im Nov./Dez.

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



08. und 09. November

BEFORE MIDNIGHT

Eine lebenshungrige, unabhängige Mittfünfzigerin, die seit Jahren in Scheidung lebt und deren Kinder längst erwachsen sind, beginnt eine Liebesaffäre mit einem etwas älteren, ebenfalls geschiedenen Mann. Doch die Verbindlichkeiten, die diesen mit seiner "alten" Familie verbinden, kommen der neuen Romanze in die Quere: Die Titelheldin gibt sich nicht damit zufrieden, nur die zweite Geige zu spielen. Ein ebenso feinfühliges wie unterhaltsames Frauenporträt, das zwischen sanftem Humor und Melancholie changiert und einen genauen Blick auf die Lebensverhältnisse der Protagonistin an den Rändern zu einem Panorama eines gesellschaftlichen Klimas weitet, das den Wandel bestehender Verhältnisse herbeisehnt.

Chile/Spanien 2012, Kinostart: 8. August 2013, 109 Minuten

15. und 16. November

LA GRANDE BELLEZZA

Ein alternder Schriftsteller aus Rom, gerade 65 Jahre alt geworden, spürt ein wachsendes Unbehagen am Müßiggang seines Lebens, das in einer Endlosschleife aus Luxus und Leere gefangen scheint. Ein melancholisch-träumerischer, hypnotisch-verführerischer Film über Exzess, Dekadenz und das eitle Geschwätz der gehobenen Gesellschaft, der mit einer Fülle glänzender filmischer Miniaturen über Sinn und Sinnlosigkeit des Daseins philosophiert.

It./Frankreich 2013, Kinostart: 25. Juli 2013, 141 Min.

22. und 23. November

PAULETTE

Paulette lebt von einer kärglichen Mindestrente in einem Vorort von Paris. Allerdings verfügt sie über eine scharfe Zunge, mit der sie ihre Mitmenschen drangsaliert. Als der Gerichtsvollzieher ihr Mobiliar pfändet, verfällt sie auf die Idee, mit Marihuana zu dealen. Eine sympathisch-harmlose Komödie, die ganz auf kurzweilige Unterhaltung voller Slapstick und Dialogwitz setzt.

Frankreich 2012, Kinostart: 18. Juli 2013, 97 Minuten

29. und 30. November

DAS MÄDCHEN WADJDA

Ein Mädchen, das mit seiner Mutter in Riad aufwächst, wünscht sich sehnlichst ein Fahrrad. Da das Radfahren in dem von strengen wahabitischen Traditionen geprägten Land für Mädchen aber als unschicklich gilt, weigert sich die Mutter, den Wunsch zu erfüllen. Doch das willensstarke Mädchen setzt alles daran, um das notwendige Geld selbst zu verdienen. Der erste komplett in Saudi-Arabien gedrehte Film vereint eine Genregeschichte vom Kampf eines Underdogs um seinen Lebenstraum, wie man ihn aus zahlreichen US-Filmen kennt, mit Einblicken in die Lebenswelt saudischer Frauen.

Saudi-Arab./D 2012, Kinostart: 5. September 2013, 97 Min.

06. und 07. Dezember

DIE AKTE GRANT

Ein angesehener Anwalt aus Albany wird mit seiner Vergangenheit als linksradikaler "Weatherman" konfrontiert, als eine Weggefährtin sich dem FBI stellt und ein ehrgeiziger Journalist die Hintergründe aufdeckt. Um seinen Namen reinzuwaschen, muss der Anwalt seine ehemalige Geliebte ausfindig machen, die ihn entlasten könnte. Ein packendes, durch genaue Dialoge und markante Charaktere vorangetriebenes Politdrama, das sich einem wenig bekannten Kapitel der US-Geschichte widmet und dessen Folgen für die Gegenwart beschreibt. (Regie und Hauptrolle: Robert Redford)

USA 2013, Kinostart: 25. Juli 2013, 121 Minuten

13. und 14. Dezember

PRINCE AVALANCE

Zwei ungleiche Männer verbringen den Sommer als Straßenarbeiter in einem menschenleeren Waldgebiet. Der eine liebt die Abgeschiedenheit, der andere will der Einsamkeit entfliehen; die unterschiedlichen Vorlieben, Empfindlichkeiten und Lebenskonzepte lassen das Zusammenleben zum Gegenstand ständiger Verhandlungen werden. Im lakonischen Tonfall und abseits dramaturgisch ausgetretener Pfade erzählt David Gordon Green von Männer- und Naturbeziehungen und den Schwierigkeiten des Zusammenlebens an sich.

USA 2013, Kinostart: 26. September 2013, 94 Minuten

20. und 21. Dezember

FINSTERWORLD

Eine satirisch-episodenhafte Tragikomödie um eine Handvoll zynisch-eitler Zeitgenossen, deren Treiben sich zum Zerrbild der deutschen Wohlstandsgesellschaft verdichtet. Mit großer parodistischer Energie und Freude an doppelbödigen Dialogen inszenierter Reigen, der dramaturgisch bisweilen etwas bemüht wirkt, durch seine nadelstichpräzisen Beobachtungen und den Mut beim Benennen nationaler Eigenheiten aber dennoch eine große diagnostische Kraft entfaltet. Ein wohltuend anstößiger, glänzend besetzter Debütfilm, der sich an einem schwarzen Humor made in Germany versucht und Heimatsatire wie Kuriositätenkabinett gleichermaßen bedient.

Deutschland 2013, Kinostart: 17. Oktober 2013, 91 Minuten

Politische Termine in und um Celle

Sa., 02. September, 14.00

Großdemonstration in Hamburg

Anerkennung der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ jetzt!



Gegen diese Angriffe hat sich bereits ein breiter Widerstand formiert und es gibt jeden Tag verschiedene Protestaktionen und direkte Aktionen gegen die Kontrollen.

Hachmannplatz (Hauptbahnhof)

Sa., 09. November, 14.30

Zeitgeschichtlicher Stadtrundgang

Celle im Nationalsozialismus

Mit Reinhard Rohde und Tim Wege-ner

Beginn: Synagoge, Im Kreise – keine Gebühr

Do., 14. November, 13.00

Aktive Mittagspause der Gewerkschaft ver.di

Großer Plan

Do., 14. November, 19.00

Verboten – verfolgt – vergessen

Film und Diskussion zur Verfolgung Andersdenkender in den 1950er Jahren (s. Seite 22)

Veranst.: VVN/BdA und Rosa Luxemburg Club

Kino 8 ½, kein Eintritt

Mo., 18. November, 20.00

Diskussionsrunde – Wie wollen wir leben? Thema Mobilität

Zu Fuß gehen, Fahrrad fahren - wie soll das gehen im ländlichen Raum wie der Region Celle? Was muss geschehen, damit wir in Lachendorf auf ein Auto verzichten können oder in der Stadt mit dem Bus fahren?

Leitung: Cornelia Döllermann-Nölting
Familienbildungsstätte, gebührenfrei

Di., 21. November, 19.00

Synagogen der Displaced Persons Bilder und Spuren einer vergessenen Phase religiösen jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland

Referent: Dr.-Ing. Ulrich Knufinke
M.A., Braunschweig

Synagoge, Eintritt frei

Do., 24. November, 18.30

Der letzte Judenälteste im Konzentrationslager Bergen-Belsen. Die Lebensgeschichte von Josef Weiss

Vortrag mit Bildpräsentation von
Hans-Dieter Arntz

Gedenkstätte Bergen-Belsen, Filmraum

Di., 26. November, 19.30

Tatort Arbeitsplatz

„Erst heiß gemacht, dann ausgebrannt?“
– Arbeitsrecht und Selbsthilfe bei Über-
lastung und Burn-Out

DAA-Celle, Spörkenstraße

So., 08. Dezember, 15.00

Literatur-Links

Seit einigen Jahren schon veranstaltet der Rosa-Luxemburg Club an einem der »Advents«-Sonntag unter dem Titel »Literatur-Links« eine Vorstellung der besten Bücher des ablaufenden Jahres. Der »Besten« ist dabei selbstverständlich höchst subjektiv, denn jede/r Teilnehmer*in darf seine/ihre Lieblingsbücher vorstellen – am besten eins aus dem Bereich Belletristik und eins aus dem Bereich Sachbuch. Dafür hat man/frau dann jeweils fünf Minuten Zeit und es geht abwechselnd und reih-

um. Dazu gibt's Gebäck & Knabberkram, Kaffee, Tee & Sherry.

Dieses Jahr erstmals im

IG Metall-Büro in der Trift 17

Mo., 20. Januar, 29.00

Diskussionsrunde – Wie wollen wir leben? Thema Ernährung

Lebensmittel regional und saisonal einkaufen? Welchen Einfluss können wir als KonsumentenInnen nehmen in einer Umgebung, in der Fleisch und Fast-Food aus dem Alltag kaum wegzudenken sind?

Leitung: Cornelia Döllermann-Nölting
Familienbildungsstätte, gebührenfrei

24. – 25. Januar

Der DGB veranstaltet zusammen mit der HVHS Hustedt, Gewerkschaften und Initiativen erneut eine Vernetzungstagung Niedersächsischer Bündnisse gegen Rechts. Diese Mal wird in Vorfeld der Europawahl und angesichts der aktuellen Entwicklungen das Thema des Umgangs mit Flüchtlingen vor Ort sowie die diesbezüglichen rechts-populistische Tendenzen eine zentrale Rolle einnehmen. So haben sich bereits Kai Weber vom Nds. Flüchtlingsrat und die Lüneburger Willkommensinitiative bereit erklärt mitzuwirken.

Sa., 23. November, 10.00

Arbeitskonferenz in Hannover

Weiter mit Autos, Schweinen, Militär? Perspektiven eines sozial-ökologischen Umbaus und Ansätze betrieblicher und regionaler Konversion in Niedersachsen

Eröffnung durch Ulrich Schachtschneider (unterschiedlichen Konzepte sozial-ökologischen Umbaus) und Bernd Röttger (Ansätze betrieblicher Konversion). Es folgen drei Workshops, zu (1) Umbau- und Konversionsprojekte in der Automobilindustrie, (2) Konversionsprojekten von Nato-Übungsplätzen und Kasernen, (3) Umbaustrategien in der Wertschöpfungskette der niedersächsischen Fleischindustrie.

Freizeitheim Ricklingen, Hannover

Anmeldungen bitte an die Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen

Kunst & Kultur

So., 03. November, 17.00

Jazzgeschichten mit Blues Serenaders

Kreistagssaal, AK 10,00

Mo., 04. November, 20.00

Jeff Young

Herzog Ernst, Eintritt frei

Mo., 04. November, 20.00

Kyle Jester Blues Show

Aimelys Fabrik Lounge, Eintritt frei

Do., 07. November, 19.00

»Durch alle Himmel alle Gossen«

Lieder und Episteln von Carl Michael Bellman, übertragen ins Deutsch von Fritz Grasshoff (Günter Gall)

Bomann-Museum, Eintritt: ??

Fr., 08. November, 20.00

Four Imaginary Boys

The Cure Tribute

CDK, VVK 13,90, AK 15,00

Sa., 09. November, 20.00

Donkey Pilots

The Cure Tribute

Morlock, Eintritt frei

Mo., 11. November, 20.00

The Honeydrops (USA)

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 15. November, 19.00

Jazz Session mit Dima Mondello

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Mo., 18. November, 20.00

Josh Smith

Herzog Ernst, Eintritt frei

Mo., 18. November, 20.30

Todd Thiebaud & Sean Staples

Aimelys Fabrik Lounge, Eintritt frei

Fr., 22. November, 20.00

Hellfire (AC/DC-Show)

CDK, VVK 14,90, AK 16,00

Sa., 23. November, 20.00

Götz Alsmann

CDK, VVK 30,90 / 27,90 / 24,90

Di., 26. & Mi., 27. Nov., 20.00

Hamilton Loomis

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 29. November, 20.00

Sweetie Glitter

CDK, VVK 18,90, AK 20,00

Mi., 30. November, 19.00

Aufwind

Jiddische Lieder und Klezmermusik

Synagoge, AK: 10,00

Mi., 04. Dezember, 19.30

Bigband Celle

Kreistagssaal

Do., 05. Dezember, 20.00

Maybeop

CDK, VVK 21,90

Fr., 06. Dezember, 20.00

Metallica Covershow

CDK, VVK 13,90, AK 15,00

Sa., 07. Dezember, 22.00

Aelement

CDK, AK 8,00

So., 08. Dezember, 15.30

Ausstellungseröffnung: Fritz Grasshoff zum einhundertsten Geburtstag

Dazu Lesung: Fritz Grasshoff: Flaschenpost mit Weltgeist (Joachim Kersten, Oskar Ansell, Alfons Bock)

Bomann-Museum

Do., 19. Dezember, 16.00

Schwedische Weihnacht mit Fritz Grasshoff

Vortrag mit Bildbetrachtung - Prof. Dr. Ralf Busch

Bomann-Museum, Eintritt: ??

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"
jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:
Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

Attac-Plenum
jeden 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie
jeden 2. Di. im Monat, 19.30
Uhr – Kino 8 1/2

Umsonst-Laden
jeden Di. und Do, 17.00 –
19.00 Uhr – Buntes Haus

Critical Mass Celle
Winterpause

Bunt Sozial Gerecht e.V.
Erwerbslosenberatung
Neustadt 52
montags und mittwochs
14:00 – 17:45 Uhr

Buntes Haus Plenum
jeden Donnerstag, 19.00 Uhr,
Buntes Haus

Sa., 21. Dezember, 20.00

Rocktail

CDK, VVK 17,90

Sa., 21. Dezember, 21.00

Phlegmatix (Punkrock)

Buntes Haus, Eintritt: ??

Mi., 25. Dezember, 21.00

Freedom – The Party

CDK, AK 5,00

